

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern	1
Nichteheliche Lebensgemeinschaften in Deutschland - eheähnlich oder alternativ?	6
Tagung: Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongreß in Freiburg	9
Lebensbedingungen und Ungleichheit in Schweden 1975 - 1995 – Eine Buchbesprechung	10
Unterschiedliche Freizeitkulturen in Europa?	11
Institutionen und individuelle Wohlfahrt	15
Tagung: Längsschnittinformationen in der Sozialberichterstattung	15
Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung	16

Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern

Studie zur Zuwanderung, Einbürgerung und sozialen Integration von Migranten

Die öffentliche Diskussion über Ausländer in Deutschland war in den letzten Jahren stark von gewaltsamen Übergriffen gegen Ausländer und Kriminalität durch Ausländer geprägt. Dadurch sind die umfassenden Veränderungen beim Anteil, der Zusammensetzung und der sozialen Integration von Ausländern bisher in der öffentlichen Diskussion kaum zur Kenntnis genommen worden. Veränderungen in diesem Bereich finden mehr oder weniger stark in allen europäischen Ländern statt. Für Deutschland stellt sich die Frage, wie die Integration weiter gestaltet wird. Dies betrifft insbesondere die zweite bzw. dritte Generation von Ausländern. Die anstehenden Entscheidungen betreffen das Staatsbürgerrecht, insbesondere die Einbürgerungsvoraussetzungen, aber auch Fragen der Chancengleichheit im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt sowie die politische Partizipation und das Wahlrecht. Wie die historische Erfahrung zeigt, kann das Nichtbeachten dieser Probleme früher oder später zu schweren gesellschaftlichen Konflikten führen.

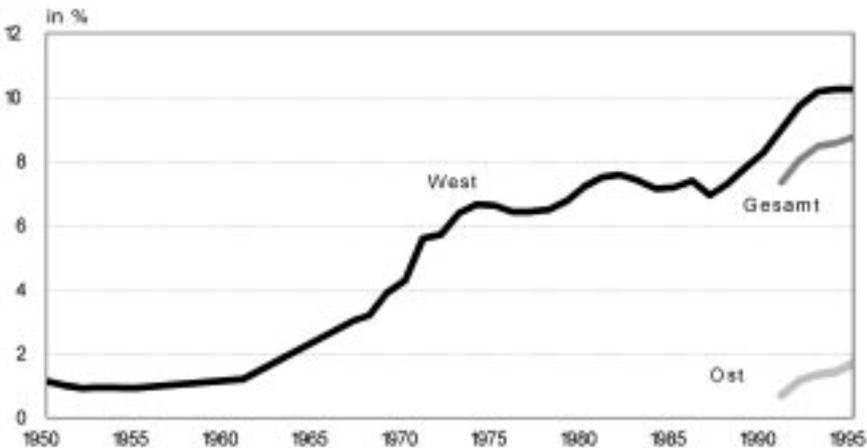
In diesem Beitrag werden Ergebnisse auf der Basis der amtlichen Statistik zum Ausländeranteil, zu Einbürgerungen und gemischtnationalen Eheschließungen in der Bundesrepublik durch Analysen sozialwissenschaftlicher Umfragen ergänzt. Dadurch können sowohl aus der Perspektive der deutschen, wie auch der ausländischen Bevölkerung Einschätzungen und Bewertungen zu Fragen der Zuwanderung und Eingliederung, der Dauer des Aufenthaltes und zu Kontakten zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen untersucht werden. Als Datenbasis für die deutsche Bevölkerung dient die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) der Jahre 1980 bis 1996. Weiterhin werden die Angaben der ausländischen Befragten im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) analysiert. Im SOEP liegt mit der Ausländerstichprobe (ab 1984) und der Zuwandererstichprobe (ab 1994) jährlich eine Datengrundlage vor, die es erlaubt, Ergebnisse auch für einzelne Nationalitäten disaggregiert auszuweisen.

Ausländeranteil wird überschätzt

Seit dem ersten Anwerbeabkommen für Gastarbeiter mit Italien im Jahr 1955, dem weitere im südeuropäischen Raum folgten, hat der Anteil der Ausländer in den alten Bundesländern erheblich zugenommen. Dieser Prozeß kam selbst mit dem abnehmenden Bedarf an Arbeitskräften nicht zum Stillstand. Nach dem Anwerbestopp 1973 zogen in größerem Umfang Familienangehörige nach, und eine steigende Zahl von Kindern ausländischer Eltern wurde in Deutschland geboren. Weiterhin hat auch die Zahl von Kriegsflüchtlings und Asylbewerbern erheblich zugenommen.

Quantitativ sind folgende Veränderungen zu erkennen: Während Anfang der fünfziger Jahre der Ausländeranteil in den alten Bundesländern noch bei etwa einem Prozent lag, waren es 1995 mehr als 10 Prozent (vgl. Graphik 1). Seit Ende der achtziger Jahre steigt die Ausländerquote wieder steiler an als die Jahre zu-

Graphik 1: Ausländeranteil in Deutschland



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

vor. In Ostdeutschland lag der Ausländeranteil 1991 noch deutlich unter einem Prozent. Trotz steigender Tendenz lag 1995 der Ausländeranteil in den neuen Bundesländern mit knapp 2 Prozent erheblich unter demjenigen der alten Bundesländer. Nicht nur zwischen den alten und neuen Bundesländern, sondern auch zwischen Stadt und Land sind diesbezüglich Unterschiede festzustellen. So ist vor allem in westdeutschen Großstädten der Anteil der ausländischen Bevölkerung besonders hoch. Ein Beispiel hierfür ist Frankfurt mit 29 Prozent Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung im Jahr 1995.

In der deutschen Bevölkerung sind die Kenntnisse über den Ausländeranteil eher ungenau. Von den deutschen Befragten im ALLBUS 1996 wird der Ausländeranteil deutlich überschätzt: Im Durchschnitt glauben Westdeutsche, daß der Ausländeranteil in den alten Bundesländern bei 17 Prozent läge. Befragte in den neuen Bundesländern geben durchschnittlich neun Prozent auf die Frage nach dem Ausländeranteil in Ostdeutschland an. Diese quantitative Überschätzung hängt sicherlich mit der starken Präsenz des Themenkomplexes „Ausländer“ in den Medien zusammen.

Vor allem Personen mit negativer Einstellung zu Ausländern neigen zu einer erhöhten Einschätzung des Ausländeranteils.

Aus Graphik 2 läßt sich erkennen, daß in der deutschen Bevölkerung Vorbehalte gegen bzw. Ablehnung eines weiteren Zuzugs auch stark mit unterschiedlichen Zuzugsgruppen variieren.

Tabelle 1: Bleibewunsch bei der ausländischen Bevölkerung

	1985	1995
Anteil der Personen, die für immer in Deutschland bleiben wollen:		
Herkunftsland:		
Türkei	25	47
Jugoslawien	37	58
Griechenland	15	31
Italien	39	54
Spanien	30	31

Frage: Wie lange wollen Sie in Deutschland bleiben? Ich möchte innerhalb der nächsten 12 Monate zurückgehen. Ich möchte noch einige Jahre bleiben. Ich möchte für immer in Deutschland bleiben.
Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel.

ren. Die stärksten Vorbehalte bestehen gegenüber der Gruppe der Nicht-EU-Arbeitnehmer. 36 Prozent der deutschen Befragten vertreten die Meinung, daß der Zuzug völlig unterbunden werden sollte, während noch 57 Prozent

antworten, daß der Zuzug für diese Gruppe begrenzt werden sollte. Nur 7 Prozent befürworten einen uneingeschränkten Zuzug. Bei den Asylsuchenden wollen 22 Prozent der Befragten den Zuzug völlig unterbinden und 66 Prozent den Zuzug begrenzen. Aber auch gegenüber den Aussiedlern vertreten 13 Prozent die Meinung, daß der Zuzug unterbunden werden solle und weitere 73 Prozent waren der Meinung, daß der Zuzug begrenzt werden solle. Die stärksten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland treten bei der Beurteilung des Zuzugs von EU- und Nicht-EU-Arbeitnehmern auf. Obwohl die Rechtslage sogar den freien Zuzug von EU-Arbeitnehmern gestattet, herrscht in der deutschen Bevölkerung die Einstellung vor, daß auch für diese Gruppe von Ausländern die Zuwanderung zumindest begrenzt werden sollte.

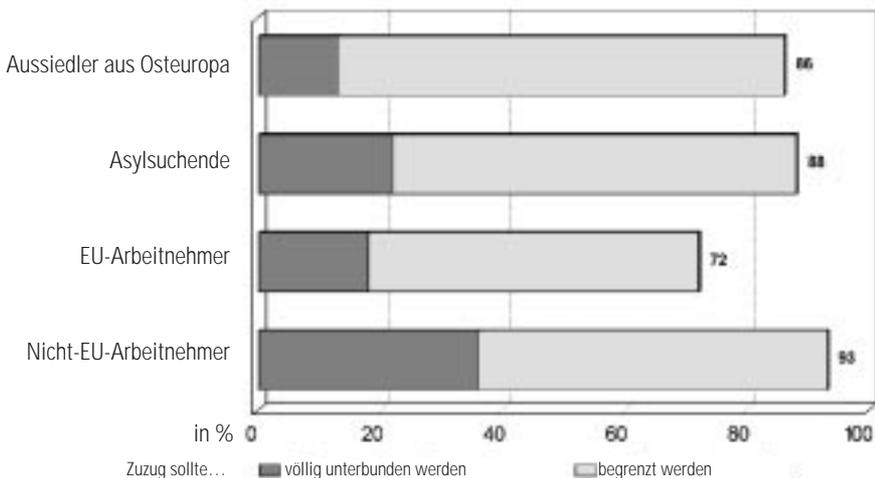
Aus Gastarbeitern wurden Einwanderer: Jeder Zweite will auf Dauer in Deutschland bleiben

Eine wichtige gesellschaftspolitische Frage ist darin zu sehen, ob Ausländer zu einem erheblichen Teil auf Dauer in Deutschland bleiben wollen oder ob eher die Absicht verbreitet ist,

nur für einen begrenzten Zeitraum zu bleiben. Im Sozio-oekonomischen Panel 1985 gab jeweils die Mehrheit der Befragten aller Nationalitäten an, daß sie „noch einige Jahre“ in Deutschland bleiben wollten (vgl. Tabelle 1). Zehn Jahre später findet man deutliche Veränderungen hinsichtlich dieser Verhaltensabsicht. Mit Ausnahme der Spanier hat 1995 der Anteil derjenigen, die dauerhaft in der Bundesrepublik bleiben wollen, erheblich zugenommen: Bei den Griechen hat er sich verdoppelt (31 Prozent) und bei den Türken nahezu auch (47 Prozent). Auch bei Jugoslawen und Italienern, unter denen bereits 1985 die Absicht zu bleiben weit verbreitet war, ist eine Zunahme zu beobachten. Damit wird deutlich, daß der Begriff „Gastarbeiter“ heute für die ausländische Bevölkerung der früheren Anwerbeländer nicht mehr zutreffend ist.

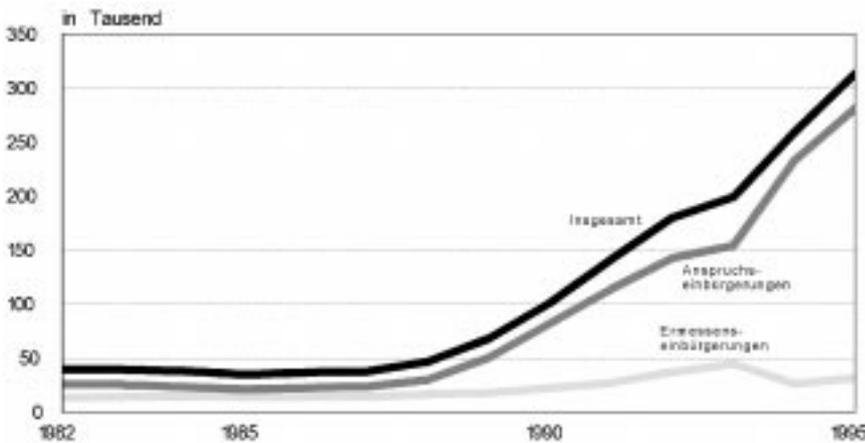
Kontrastiert werden diese Ergebnisse mit der Einstellung der Deutschen. Gemessen wird die Zustimmung zu der Aussage, ob man Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken sollte, wenn Arbeitsplätze knapp werden. Sie findet im Osten Deutschlands weit mehr Zustimmung als im Westen. In Westdeutschland ist

Graphik 2: Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Zuzug verschiedener Migrantengruppen



Datenbasis: ALLBUS '96

Graphik 3: Einbürgerungen in Deutschland



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

der Prozentsatz der Befürworter dieser Aussage von 1980 bis 1994 kontinuierlich von 52 Prozent auf 23 Prozent gesunken. 1996 hat sich jedoch die Zahl der Befürworter im Westen leicht auf 25 Prozent und im Osten stark auf 41 Prozent erhöht. In den neuen Bundesländern ist im Beobachtungszeitraum von 1994 bis 1996 eine Zunahme von 31 Prozent auf 41 Prozent zu beobachten. Die jüngste Entwicklung dürfte sowohl mit den steigenden objektiven Arbeitslosenzahlen als auch der stärkeren öffentlichen Thematisierung der Arbeitslosigkeit zu tun haben, da Ausländer auch zunehmend als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt betrachtet werden.

Starke Zunahme der Einbürgerungen seit Ende der achtziger Jahre

Die rechtliche Gleichstellung mit der deutschen Bevölkerung berührt sehr unmittelbar die materielle Wohlfahrt und die Lebenschancen von Zuwanderern. In diesem Zusammenhang sind nicht nur Leistungen aus dem System der Sozialen Sicherung zu nennen, sondern auch die Sicherheit, auf Dauer bleiben zu können sowie ein passives oder auch aktives Wahlrecht auszuüben und somit auch an der Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beteiligt zu sein. Nach geltendem Recht ist die Einbürgerung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, allerdings auch mit der Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft verbunden und setzt in der Regel einen langen Aufenthalt (15 Jahre) in Deutschland voraus. Nur junge Ausländer zwischen 16 und 23 Jahren haben bereits nach acht Jahren Aufenthalt oder sechs Jahren Schulbesuch einen Anspruch auf Einbürgerung.

Ein Blick auf die Zahl der Einbürgerungen seit Ende der achtziger Jahre macht hier erhebliche Veränderungen deutlich: Seit 1987 ist die Anzahl der Einbürgerungen von 37 810 auf 259 170 gestiegen (vgl. Graphik 3). Dieser Anstieg geht vor allem auf eine Zunahme der Anspruchseinbürgerungen zurück. Betroffene sind in erster Linie deutschstämmige Aussiedler, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes (Artikel 116 Abs. 1) sind. Erst seit Juli 1993

werden bei den Anspruchseinbürgerungen - entsprechend den gesetzlichen Veränderungen - auch die Einbürgerungen von jungen Ausländern und Ausländern mit einem langen Aufenthalt in der Bundesrepublik (§85, §86 Ausländergesetz) erfaßt. Davor zählten diese Einbürgerungen zu den Ermessenseinbürgerungen. Diese weisen einen erheblich geringeren Anstieg als die Anspruchseinbürgerungen auf. Dennoch hat sich die Zahl zwischen 1989 und 1993 auf 44 950 mehr als verdoppelt. Nach der Novellierung des Ausländergesetzes nahm die Zahl der Ermessenseinbürgerungen 1994 wieder ab - bei einem gleichzeitigen weiteren Anstieg der Anspruchseinbürgerungen.

Hohe Akzeptanz einer doppelten Staatsbürgerschaft bei Ausländern

Ergebnisse des Mikrozensus 1996 zeigen, daß weniger als ein Prozent der deutschen Bevölkerung eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt. Es handelt sich dabei insbesondere um Zuwanderer aus osteuropäischen Ländern. Die Tendenz, die deutsche Staatsbürgerschaft unter gleichzeitiger Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft zu erlangen, ist bei den Ausländern

der verschiedenen Herkunftsländer unterschiedlich ausgeprägt. Aus den Daten des Sozio-oekonomischen Panels von 1994 geht hervor, daß 21 Prozent der türkischen Befragten und 37 Prozent der Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien „ganz sicher“ oder zumindest „wahrscheinlich“ beabsichtigen, innerhalb der nächsten zwei Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen. Bei Griechen, Italienern und Spaniern, also Personen, die aus Ländern der Europäischen Union stammen, lag der entsprechende Anteil unter zehn Prozent (vgl. Tabelle 2). Bei diesem Personenkreis ist anscheinend die Bereitschaft geringer, auf Bürgerrechte in der alten Heimat zu verzichten.

In der Öffentlichkeit wird die Problematik einer doppelten Staatsbürgerschaft kontrovers diskutiert. Hier wird die Fragestellung untersucht, welche Akzeptanz eine solche Möglichkeit in der ausländischen Bevölkerung findet. Ausländern wurde im Sozio-oekonomischen Panel zu diesem Thema folgende Frage gestellt: „Wenn es möglich wäre, außer Ihrer jetzigen Staatsbürgerschaft zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, würden Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen?“. Folgende Ergebnisse können hierzu festgehalten werden: Die Neigung, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, wäre bei den verschiedenen ethnischen Gruppen erheblich stärker, wenn man sie zusätzlich zur bisherigen erlangen könnte (vgl. Tabelle 3). Mehr als die Hälfte der türkischen und mehr als zwei Drittel der „jugoslawischen“ Befragten würden dann „ganz sicher“ oder „wahrscheinlich“ von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Eine Einbürgerung mit doppelter Staatsbürgerschaft findet demzufolge eine breite Akzeptanz in der ausländischen Bevölkerung.

Die Einstellung in der deutschen Bevölkerung hierzu ist gespalten, wobei die Ablehnung im Osten stärker ist als im Westen. Während in den alten Bundesländern 49 Prozent die doppelte Staatsbürgerschaft ablehnen und 40 Pro-

Tabelle 2: Neigung zur Einbürgerung bei der ausländischen Bevölkerung¹ (1994)

Herkunftsland:	Türkei	21
	Jugoslawien	37
	Griechenland	8
	Italien	7

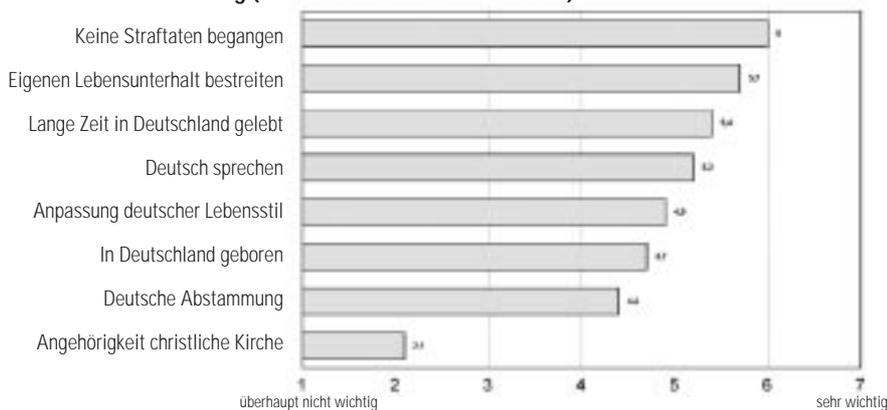
Frage: Beabsichtigen Sie, innerhalb der nächsten zwei Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen? Ja, ganz sicher. Ja, wahrscheinlich. Eher unwahrscheinlich. Ganz sicher nicht.
¹ Anteile 'Ja, ganz sicher / Ja, wahrscheinlich'. Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel.

Tabelle 3: Wunsch nach zusätzlicher deutscher Staatsbürgerschaft¹ (1994)

Herkunftsland:	Türkei	56
	Jugoslawien	71
	Griechenland	46
	Italien	36

Frage: Wenn es möglich wäre, außer Ihrer jetzigen Staatsbürgerschaft zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, würden Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen? Ja, ganz sicher. Ja, wahrscheinlich. Eher unwahrscheinlich. Ganz sicher nicht.
¹ Anteile 'Ja, ganz sicher/ Ja, wahrscheinlich'. Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel.

Graphik 4: Wichtigkeit verschiedener Einbürgerungskriterien in der deutschen Bevölkerung (Mittelwert auf Skala von 1 bis 7)



Datenbasis: Allbus '96

zent sie befürworten, wird sie in den neuen Bundesländern von 59 Prozent abgelehnt und von 28 Prozent befürwortet (ALLBUS 96). Die Stärke der Befürwortung hängt wesentlich vom Bildungsgrad, dem Alter und dem Ausländeranteil im Wahlkreis ab. Mit zunehmender Schulbildung, ansteigendem Prozentsatz der Ausländer im Wahlkreis der Befragten und sinkendem Alter nimmt die Akzeptanz zu. Eine doppelte Staatsbürgerschaft für diejenigen Ausländer, die in Deutschland geboren wurden, findet eine höhere Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung, wie eine Studie des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) von 1995 zeigt. Jüngere Befragte, Personen mit höherer Bildung und Frauen zeigen eine überdurchschnittliche Zustimmung. Ein wichtiges Problemfeld stellen auch Einbürgerungsvoraussetzungen aus der Sicht der deutschen Bevölkerung dar. Von den acht vorgegebenen Kriterien ist den Befragten in Ost und West die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche am unwichtigsten, während das Fehlen von Straftaten als wichtigste Voraussetzung gesehen wird (vgl. Graphik 4).

Nationale Identifikation mit dem Herkunftsland herrscht noch vor

Die weit verbreitete Absicht, auf Dauer in Deutschland zu bleiben, und auch die Attraktivität einer (zusätzlichen) deutschen Staatsbürgerschaft lassen die Frage nach der nationalen Identität der ausländischen Bevölkerung aufkommen. Obwohl „Nation“ ein schillernder Begriff ist, kann man annehmen, daß sich die nationale Identifikation auf die Wahrnehmung und das Verständnis bestimmter gemeinsamer Lebens- und Verhaltensweisen bezieht. Verwendet man die Fragen, wie sehr man sich als Deutscher bzw. als Angehöriger der Herkunftsnation (z.B. als Spanier) fühlt, als Indikator der nationalen Identifikation (vgl. hierzu Blank und Schmidt 1997) mit Deutschland bzw. dem Herkunftsland, kann man folgendes feststellen: Es überwiegt die Identifikation mit dem Herkunftsland, wenn auch seit 1985 mit abnehmender Tendenz (vgl. Tabelle 4). Am stärksten war sie bei der Befragung 1995 bei Spaniern und Türken ausgeprägt: 59 Prozent fühlten sich „ganz als Spanier“ und 56 Pro-

zent „ganz als Türke“. Bei Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien ist die Identifikation mit dem Herkunftsland am geringsten ausgeprägt. Eine geringe Identifikation mit Deutschland ist bei der ausländischen Bevölkerung weit verbreitet - so geben etwa zwei Drittel der türkischen und etwa die Hälfte der italie-

nischen Befragten an, daß sie sich „kaum“ oder „nicht“ als Deutsche fühlen. Der erfolgreiche Besuch einer deutschen Schule verstärkt die Identifikation mit Deutschland - eine abgeschlossene Schulausbildung im Ausland geht dagegen mit einer stärkeren Identifikation mit dem Herkunftsland einher.

Das Leben im Ausland kann spezifische Defizite des subjektiven Wohlbefindens mit sich bringen. Migranten fühlen sich häufig dem Herkunftsland entfremdet, aber auch im Gastland nicht voll integriert und empfinden eine kulturelle Distanz. Entsprechend ist ein Gefühl von Heimatlosigkeit bei der ausländischen Bevölkerung weit verbreitet (vgl. Tabelle 5). Nur ein Viertel aller ausländischen Befragten gibt an, daß bei ihnen „nie“ ein Gefühl von Heimatlosigkeit auftritt. Überwiegend tritt diese Stimmung aber selten auf. 1994 gaben zwischen 20 Prozent und 24 Prozent in den verschiedenen ethnischen Gruppen an, daß bei ihnen „sehr häufig“ oder „häufig“ ein Gefühl von Heimatlosigkeit auftritt. Gegenüber 1988 ist der Anteil nur bei türkischen Befragten rückläufig.

Tabelle 4: Empfinden bezüglich der eigenen/deutschen Nationalität in der ausländischen Bevölkerung

	1985	1995
Ich fühle mich ganz als...		
Türke	66	56
Jugoslawe	48	30
Griechen	68	43
Italiener	57	46
Spanier	54	59
Ich fühle mich kaum/nicht als Deutscher		
Türkei	71	67
Jugoslawien	48	48
Griechenland	69	47
Italien	61	51
Spanien	56	57

Frage: Wenn Menschen längere Zeit in Deutschland leben, können sich die ursprünglichen Beziehungen zu Spanien (...) verändern. Wie ist das bei Ihnen, da Sie hier in Deutschland leben? Wie sehr fühlen Sie sich als Deutscher? Ich fühle mich ganz als Deutscher. Ich fühle mich mehr als Deutscher. Ich fühle mich in manchen Beziehungen als Deutscher. Ich fühle mich kaum als Deutscher. Ich fühle mich nicht als Deutscher. / Ich fühle mich ganz als Spanier (...).
Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel.

Tabelle 5: Heimatlosigkeit bei der ausländischen Bevölkerung¹

	1988	1994
Türkei	28	20
Jugoslawien	16	23
Griechenland	19	24
Italien	20	22
Spanien	19	23

Wenn man als Ausländer in Deutschland lebt, kann mit der Zeit ein gewisses Gefühl der Heimatlosigkeit auftreten. Man fühlt sich weder als Spanier (...) noch als Deutscher; man sitzt sozusagen zwischen zwei Stühlen, ohne irgendwo so richtig dazuzugehören. Haben Sie auch solche Gefühle? Das kommt sehr häufig vor. Das kommt häufig vor. Das kommt hin und wieder vor. Das kommt selten vor. Das kommt nie vor.

¹ Anteile 'sehr häufig/häufig'. Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel.

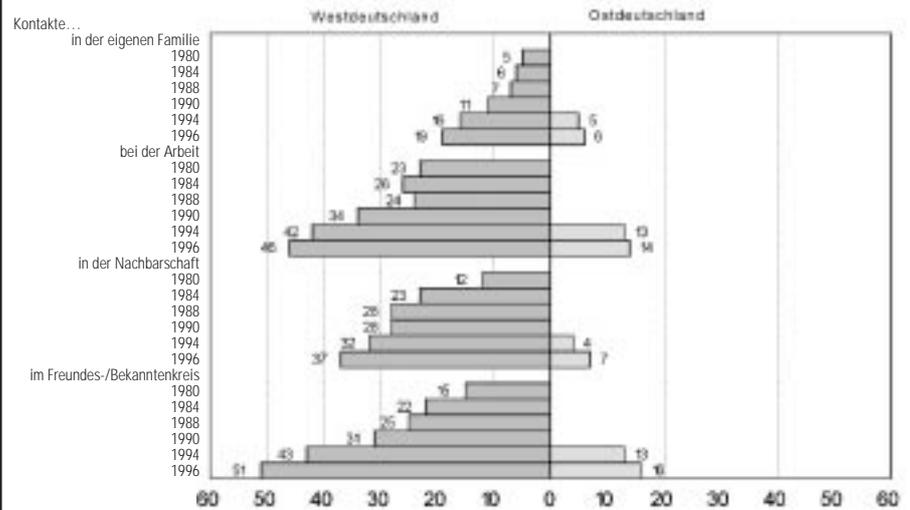
Zunehmende soziale Integration von Ausländern

Für die gesellschaftliche Integration ist es wichtig, daß die verschiedenen sozialen Gruppen und Segmente nicht isoliert voneinander leben. Freiwillige Kontakte und vor allem auch Partnerschaften und Eheschließungen zwischen Deutschen und Ausländern sind deshalb wichtige Indikatoren der gesellschaftlichen Integration. Während die ausländische Bevölkerung in den verschiedenen Untersuchungsjahren zu etwa 90 Prozent Kontakte zu Deutschen hatte, trifft dies für die deutsche Bevölkerung mit ihren Kontakten zu Ausländern nicht im gleichen Umfang zu - allerdings sind hier erhebliche Veränderungen im Untersuchungszeitraum zu erkennen.

Seit 1980 sind die Kontakte der Westdeutschen mit Ausländern in der eigenen Familie, bei der Arbeit, in der Nachbarschaft und im Freundeskreis angewachsen (vgl. Graphik 5). Während 1980 5 Prozent in der eigenen Familie mit Ausländern Kontakt haben, sind es 1996 schon 19 Prozent. Die Kontakte mit Ausländern bei der Arbeit wuchsen von 23 Prozent auf 46 Prozent. Die Kontakte in der Nachbarschaft von 12 Prozent auf 37 Prozent. Besonders auffällig ist die Veränderung der Kontakte im Freundeskreis. Sie stiegen von 15 Prozent auf 51 Prozent, d.h., jeder zweite Deutsche hat einen Ausländer im Freundeskreis. Die entsprechenden Anteile für den Osten sind erwartungsgemäß wesentlich niedriger, da die Gelegenheiten zu entsprechenden Kontakten bei dem geringen Ausländeranteil in den neuen Bundesländern begrenzt sind.

Bei Eheschließungen handelt es sich um besonders enge soziale Kontakte, die meist auch die weitere Familie einbeziehen und von einem hohen Maß an Verbindlichkeit gekennzeichnet sind. Seit den sechziger Jahren heiraten immer mehr Deutsche ausländische Partner. Hier zeigt sich deutlich die enge Verbindung von deutscher und ausländischer Bevölkerung in der Bundesrepublik. Während zunächst (1960) mehr Frauen einen ausländischen Mann heirateten, schlossen 1996 bereits

Graphik 5: Persönlicher Kontakt zu in Deutschland lebenden Ausländern¹ in verschiedenen Lebensbereichen (in Prozent)



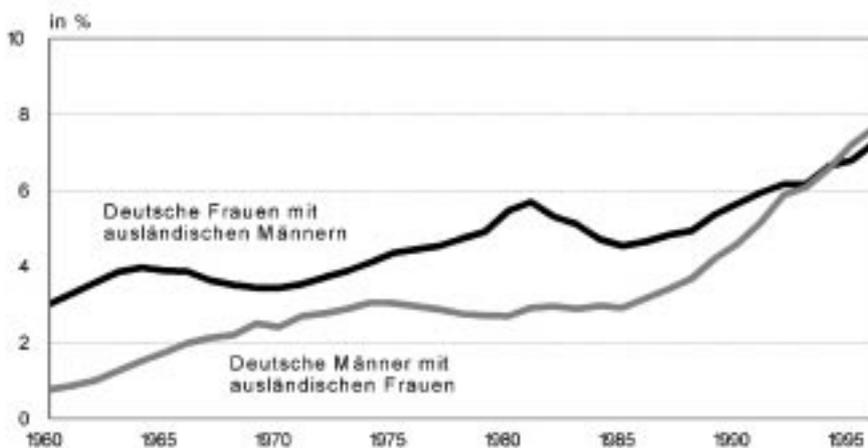
1) Frageformulierung bis 1990 „Gastarbeiter“ ab 1994 „Ausländer“. Datenbasis: ALLBUS '80-'96

mehr deutsche Männer mit einer ausländischen Frau eine Ehe (7,7 Prozent). Betrachtet man Ehe und Partnerschaft anhand der Daten des ALLBUS 96, so bestätigt sich die Bedeutung von gemischtnationalen Kontakten insbesondere in den jüngeren Altersgruppen: 11 Prozent der deutschen Befragten zwischen 18 und 44 Jahren mit Lebens- oder Ehepartner in den alten Bundesländern haben einen ausländischen Partner. Bei denjenigen, die seit ihrer Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, sind es in dieser Altersgruppe immerhin noch mehr als 7 Prozent.

Bei den vielfältigen Verbindungen zwischen Deutschen und Ausländern kann man feststellen, daß in der deutschen Bevölkerung bei der Akzeptanz von Kontakten, Partnerschaften und vor allem Eheschließungen in der eigenen Familie erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Ausländern und Zuwanderern bestehen. Am größten sind die Vorbehalte gegenüber Asylbewerbern, gefolgt von Türken, während sie z.B. gegenüber Italienern deutlich geringer sind. Extreme Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, wie sie z. B. besonders drastisch im

ehemaligen Jugoslawien aufgetreten sind, liegen in der Bundesrepublik allerdings nicht vor. Die Erfahrungen aus den USA zeigen jedoch, daß die Benachteiligung der schwarzen Bevölkerung, ihre relativ geringen Kontakte mit anderen ethnischen Gruppen und die Segregation der Wohnquartiere zu den schwerwiegendsten sozialen Problemen in der amerikanischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert geführt hat. In der Bundesrepublik ist die Gewalt gegen Ausländer, wie sie in den Medien in Erscheinung tritt, nur Minderheiten in der deutschen Bevölkerung zuzurechnen. Auch gewaltsame Aktionen von Ausländern, wie z.B. die Autobahnbesetzungen durch Kurden, sind bisher Ausnahmen gewesen. Wenn jedoch die zweite und dritte Generation von Ausländern weder die deutsche Staatsbürgerschaft hat, noch sich dem Heimatland der Eltern verbunden fühlt und in der deutschen Gesellschaft auch nicht integriert ist, könnte ein Potential für Gewalt entstehen. Aus diesem Grund ist eine vorausschauende Politik, die sich mit der Integration der Ausländer auseinandersetzt, langfristig notwendig.

Graphik 6: Anteil der Eheschließungen von Deutschen mit Ausländern



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Blank, T.; Schmidt, P., 1997: *Konstruktiver Patriotismus im vereinigten Deutschland*. In: Mummendey A.; Simon, Bernd (Hrsg.), *Identität und Verschiedenheit*. Bern.

Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS), 1995: *Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1995 in Deutschland*. Mannheim.

Koch, A.; Wasmer M., 1997: *Einstellungen der Deutschen gegenüber verschiedenen Zuwanderergruppen*. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Datenreport 1997*. Bonn.

Weick, S., 1997: *Zuwanderer in Deutschland optimistisch. Untersuchung zu Lebensbedingungen, Integration und Zufriedenheit bei Migranten*. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 16.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften in Deutschland - eheähnlich oder alternativ?

An ihrem quantitativen Anstieg in den letzten Jahrzehnten gemessen, haben „nichteheliche Lebensgemeinschaften“ an Akzeptanz gewonnen und sind zu einer relevanten Lebensform in der modernen Gesellschaft geworden¹. Sie nahmen im Vergleich zu den traditionellen Lebensformen von „Ehe“ und „Familie“ ebenso an Bedeutung zu wie gegenüber den unkonventionellen Lebensformen der „Singles“. Sie sind in mehr oder weniger großem Umfang eine Erscheinung in allen modernen Gesellschaften. Es hat eine Pluralisierung der Haushalts- und Lebensformen stattgefunden, die viele verschiedene Erscheinungsformen hervorgebracht hat. Auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften stellen keine homogene Kategorie dar, sondern sie beinhalten sehr verschiedene nichteheliche Lebensformen, z.B. ob Kinder vorhanden sind oder nicht und ob es sich um voreheliche oder naheheliche Lebensgemeinschaften handelt.

Ob die nichtehelichen Lebensgemeinschaften selbst den Charakter einer „Institution“ haben - zumindest partiell - ist umstritten. Zwar fehlt ihnen die rechtliche Anerkennung wie sie die Ehe erfährt, aber wie in den Ehen bestehen normativ geregelte, stabile, dauerhafte Muster menschlicher Beziehungen, wobei der Begriff des „Dauerhaften“ gegenüber der Ehe relativ interpretiert wird. Der historische Prozeß der

Ausbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften läßt sich als zunehmende Institutionalisierung begreifen. Auf der institutionellen Ebene wird also eine traditionelle Kern-Institution, die Ehe, durch eine neue, sich etablierende Neben-Institution, die nichteheliche Lebensgemeinschaft, herausgefordert, sich zu behaupten oder zu erodieren. Wenig spricht bisher in Deutschland dafür, daß die Institu-

tionen von Ehe und Familie grundsätzlich bedroht sind².

Die Ausbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften ist in gesellschaftliche Entwicklungstendenzen eingebettet, die zusammenhängen und sich teilweise wechselseitig verstärken: Von Tendenzen zur Singularisierung und zur Individualisierung werden insbesondere Partnerwahl und Partnerbindung beeinflusst, die Emergenz der Wohlstandsgesellschaft ist beispielsweise Voraussetzung für ökonomische Unabhängigkeit und ausreichende Wohnungsversorgung, und die Tendenz des Wertewandels mit Entkirchlichung und sexueller Liberalisierung verändert die normativen Grundlagen zugunsten der nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Im modernisierungstheoretischen Rahmen wird der Vorschlag gemacht, gesellschaftliche Neuerungen als Antwort auf Herausforderungen zu begreifen, für die eine Lösung in einem bestimmten historischen Kontext gesucht wird. Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften könnten demzufolge als gesellschaftliche Antwort auf Leistungsdefizite der überkommenen Ehe- und Familienformen aufgefaßt werden.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften verzeichnen im früheren Bundesgebiet seit Mitte der 60er Jahre einen kontinuierlichen und star-

Tabelle 1: Private Lebensformen der volljährigen Bevölkerung nach Geschlecht und Alter 1994 (in Prozent)

Alter Person (in Jahren)	ledige Kinder bei Eltern(teil)	Alleinlebende		Mit Partner, ohne Kinder		Mit Partner und Kind(ern)		Alleinerziehende ^{1) 2)}	Sonstige Personen ³⁾
		ledig	nicht mehr zusammen	verheiratet, zusammen lebend	unverheiratet, zusammen lebend ¹⁾	verheiratet, zusammen lebend	unverheiratet, zusammen lebend ¹⁾		
Männer									
18 - 24	73,5	12,1	0,3	2,7	4,8	3,4	0,9	0,2	2,1
25 - 29	28,4	21,3	1,5	11,0	10,5	22,1	2,9	0,3	2,1
30 - 34	10,8	15,9	3,4	10,6	5,8	48,0	3,2	0,6	1,8
35 - 44	4,4	8,9	5,1	9,6	3,0	64,1	2,4	1,3	1,4
45 - 54	1,5	5,3	6,4	28,0	2,5	52,1	1,2	1,7	1,3
55 - 64	0,5	3,8	7,1	56,0	1,9	27,8	0,4	1,2	1,3
65 und mehr	0	2,0	14,9	69,4	1,9	8,3	0,1	1,2	2,2
Gesamt	13,5	8,9	6,0	28,8	3,9	34,8	1,5	1,0	1,7
Frauen									
18 - 24	54,5	12,9	0,4	6,7	9,9	9,7	1,8	2,4	1,8
25 - 29	11,7	15,6	1,2	13,8	10,2	37,4	3,4	5,4	1,3
30 - 34	3,3	8,7	1,6	10,0	4,2	60,3	3,3	7,8	0,8
35 - 44	1,3	4,5	2,8	11,0	2,1	66,6	2,3	8,7	0,7
45 - 54	0,6	3,1	7,7	35,9	2,2	42,5	0,7	6,2	1,1
55 - 64	0,4	3,6	15,1	54,0	1,7	18,2	0,2	4,8	1,8
65 und mehr	0,1	6,0	47,6	32,0	1,0	2,6	0	3,8	6,9
Gesamt	7,0	6,7	15,4	26,2	3,5	31,7	1,4	5,5	2,6
Insgesamt									
18 - 24	64,3	12,5	0,3	4,6	7,3	6,5	1,3	1,3	2,0
25 - 29	20,2	18,5	1,3	12,3	10,4	29,6	3,1	2,8	1,7
30 - 34	7,1	12,4	2,5	10,3	5,0	54,0	3,2	4,1	1,3
35 - 44	2,8	6,7	4,0	10,3	2,5	65,3	2,4	5,0	1,1
45 - 54	1,0	4,2	7,1	31,9	2,3	47,4	1,0	3,9	1,2
55 - 64	0,4	3,7	11,2	55,0	1,8	23,0	0,3	3,0	1,6
65 und mehr	0,1	4,5	35,7	45,7	1,3	4,7	0,1	2,8	5,2
Gesamt	10,1	7,7	10,9	27,4	3,7	33,2	1,4	3,4	2,1

Quelle: Engstler, Heribert 1997: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. S. 17.

1) Schätzung aus Ergebnissen des Mikrozensus; 2) Ohne Lebenspartner im Haushalt, 3) Dazu zählen Personen, die in sonstiger Gemeinschaft mit verwandten und nicht verwandten Personen leben.

ken Zuwachs. Während 1972 - in der erstmaligen amtlichen Schätzung - rund 137.000 Paare dieser Lebensform zugerechnet wurden, waren es 1995 nach Schätzungen auf der Basis des Mikrozensus bereits 1.337.000; hinzu kommen 404.000 in den neuen Bundesländern. In bezug auf die Gesamtbevölkerung stieg der Anteil von Personen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder im genannten Zeitraum von unter 1 Prozent auf über 4 Prozent (neue Bundesländer knapp 6 Prozent). Nur zu einem kleinen Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften gehören Kinder, wobei dieser Anteil seit 1990 deutlich angestiegen ist und in Ostdeutschland wesentlich höher liegt als in Westdeutschland (vgl. Tabelle 2).

Zunahme auch in anderen europäischen Ländern

Die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften hat in ganz Europa in den letzten Jahrzehnten zugenommen, wobei sich ein deutliches regionales Gefälle in Nord-Süd-Richtung, von den skandinavischen Ländern über Zentraleuropa bis hin zu den Ländern im Mittelmeerraum, beobachten läßt (Ausnahmen: Irland und Großbritannien). Dänemark und Schweden weisen mit über 15 Prozent den höchsten Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften auf. Zwischen 9,3 Prozent und 4,5 Prozent liegen die meisten Länder, beispielsweise Frankreich und Deutschland. Den geringsten Anteil weist Griechenland mit 1,1 Prozent auf (vgl. Tabelle 3). Dies wird mit den vorherrschenden Religionen, dem Protestantismus in Skandinavien, dem Katholizismus in Südeuropa und der Religionsmischung im zentralen Europa in Zusammenhang gebracht.

Rollenverhalten in nichtehelichen Lebensgemeinschaften kaum anders

Während Ehen in der sozialwissenschaftlichen Literatur überwiegend mit traditionellen Rollen verbunden werden, wird für nichteheliche Lebensgemeinschaften oft ein innovatives Aufbrechen solcher Rollen angenommen. In dieser klaren Entgegensetzung entsprechen beide Positionen nicht der Realität, wengleich gesagt werden muß, daß die Bereitschaft, traditionelle Rollen zu verlassen, häufiger in nichtehelichen Lebensgemeinschaften anzutreffen ist.

Vaskovics und Rupp (1992) belegen mit ihren Untersuchungsergebnissen, daß die jeweilige

Tabelle 2: Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne und mit Kinder 1972 - 1995*

Zeitpunkt	Insgesamt 1000	davon ohne Kinder		davon mit Kinder	
		1000	%	1000	%
Früheres Bundesgebiet					
1972	137	111	81,6	25	18,4
1978	348	298	85,5	51	14,5
1982	516	445	86,2	71	13,8
1985	686	616	89,9	70	10,1
1986	731	645	88,3	86	11,7
1987	778	688	88,5	90	11,5
1988	820	723	88,2	97	11,8
1989	842	745	88,5	97	11,5
1990	963	856	88,9	107	11,1
1991	1066	868	81,4	198	18,6
1992	1147	925	80,7	222	19,3
1993	1220	979	80,2	341	19,8
1994	1282	1022	79,7	260	20,3
1995	1337	1073	80,2	265	19,8
Deutschland					
1991	1393	1015	72,8	378	27,2
1992	1485	1076	72,4	409	27,6
1993	1582	1146	72,5	436	27,5
1994	1658	1196	72,1	462	27,9
1995	1741	1266	72,7	475	27,3

*) Schätzungen aus Ergebnissen des Mikrozensus.
Quelle: Statistisches Bundesamt 1995, Fachserie 1, Reihe 3, S.132.

Lebensform die Tendenz zur traditionellen Rollenübernahme nur wenig beeinflusst. Sie können nicht bestätigen, daß Verheiratete mehr zur traditionellen Rollenverteilung neigen bzw. „bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften die Arbeitsteilung weniger geschlechtsspezifisch erfolgt“. Gerade die untersuchten Gruppen kinderloser junger Paare mit bzw. ohne Tauschein sind sich in dieser Hinsicht eher ähnlich.

Meyer und Schulze (1992) kommen anhand ihrer Untersuchung nichtehelicher Paarbeziehungen zu etwas anderen Ergebnissen, weil sie eine höhere Differenzierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften vornehmen. Sie schlußfolgern: „Paare ohne Tauschein wollen anders leben als Ehepaare und innerhalb der Beziehung eine größtmögliche Egalität und eine Balance zwischen Autonomie und Gemeinsamkeit erreichen“. Dabei stellen sie jedoch fest, daß die Verwirklichung dieser Wünsche nach mehr Gleichberechtigung in der Alltagsorganisation der Paare in enger Abhängigkeit von der gewählten Wohnform steht. Sie unterscheiden Paare, die getrennt voneinander wohnen, Paare, die gemeinsam in einer Wohnung leben, und Paare, die mit weiteren

Personen zusammenwohnen. Zusammenwohnende nichtverheiratete Paare bevorzugen eigene Räume, die ihnen auch in der gemeinsamen Wohnung individuelle Rückzugsmöglichkeiten bieten. Anfallende größere Hausarbeiten werden zumeist gemeinschaftlich erledigt. Bei den täglich anfallenden Routinetätigkeiten dominiert aber auch hier der Arbeitsaufwand der Partnerin. Als ein weiteres typisches Merkmal von Paaren ohne Tauschein nennen die Autorinnen die „Pflege von eigenen sozialen Bezügen beider Partner außerhalb der Zweierbeziehung“.

Jedoch ist eine egalitäre Arbeits- und Verantwortungsverteilung für unverheiratete Paare mit Kindern schwieriger zu bewerkstelligen als für kinderlose Paare: „Besonders wenn beide Partner voll erwerbstätig sind und die zeitlichen Spielräume der Partner durch die Vereinbarung von Beruf, Beziehung und Kindererziehung enger sind, werden die Verhandlungsprozesse um eine egalitäre Verteilung der Familienarbeit am schwierigsten“ (Meyer/Schulze 1992). Aus den verschiedenen Untersuchungen wird deutlich, daß Personen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften eine gerechte Verteilung der Arbeit - zumindest - anstreben.

Tabelle 3: Anteil der in nichtehelichen Lebensgemeinschaften lebenden Personen in verschiedenen Ländern der Europäischen Union 1994

	EU	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	P	S	UK	N
Gesamt	5,1	6,6	15,6	4,5	1,1	2,1	9,3	1,4	2,5	7,0	1,6	15,5	7,3	8,5
16-24 Jahre	6,8	5,1	21,2	5,4	2,6	2,2	10,6	1,8	5,1	6,4	2,0	15,8	12,5	12,4
25-44 Jahre	8,4	10,9	27,5	7,0	1,5	3,5	16,0	2,2	2,8	11,2	2,1	26,3	12,5	14,0
45-64 Jahre	2,5	4,7	5,8	2,7	0,6	1,1	3,9	0,6	1,3	4,2	0,9	10,4	2,3	2,8
65-84 Jahre	1,4	1,8	3,4	2,0	0,3	0,4	2,0	0,1	1,4	1,1	1,4	4,1	0,6	1,6

Quelle: Vogel, Joachim 1997: Living Conditions and Inequality in the European Union, S.130.

Die Chancen, dies zu verwirklichen, werden oft positiv eingeschätzt. Zugleich wird deutlich, daß auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften oftmals einer traditionellen Rollenverteilung folgen.

Mehr Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften als früher

Für 1995 gab das Statistische Bundesamt die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit rund 1,7 Mio. an, von denen 475.000 Haushalte ein oder mehrere minderjährige Kinder haben. Dies entspricht einem prozentualen Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern an der Gesamtzahl aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften von ca. 27 Prozent (vgl. Tabelle 2). Vaskovics und Rupp (1995) gehen für ihre Untersuchung von einer Quote von rund 19 Prozent nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Kindern aus. Sie erkennen hierin einen Anstieg um fast 100 Prozent innerhalb der letzten zehn Jahre. So unterschiedlich die Schätzungen hinsichtlich der Anzahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Kindern auch sind, so erkennen die Autoren doch gleichermaßen einen deutlichen Anstieg der eheähnlichen Lebensgemeinschaften mit Kindern in den 90er Jahren. Besonders deutlich zeigen sich die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern im Anteil der nichtehelichen Geburten an der Gesamtgeburtenszahl. So ist in Ost- wie Westdeutschland der Anteil der nichtehelichen Kinder an den Lebendgeborenen seit über 20 Jahren im Steigen begriffen, doch während im Westen Deutschlands der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder 1993 bei ca. 12 Prozent lag, betrug dieser Wert in den neuen Bundesländern gut 41 Prozent (Schwarz 1995, S.279).

Es handelt sich vor allem um die Geburt des ersten Kindes, die überdurchschnittlich häufig außerhalb einer ehelichen Beziehung stattfindet. Diese Verlagerung der Familiengründung auf nichteheliche Verbindungen hatte 1993 einen großen Umfang erreicht: In den alten Bundesländern betrug die nichteheliche Familiengründung rund 20 Prozent, in den neuen Bundesländern sogar 60 Prozent aller Erstgeburten. In Ostdeutschland werden schon seit mehreren Jahren mehr nichteheliche erste Kinder als eheliche geboren. Meist findet jedoch eine nachträgliche Eheschließung statt, sei es mit dem Kindsvater oder aber mit einem Stiefvater. So werden im Osten Deutschlands 70 Prozent aller nichtehelichen Geburten im nachhinein legitimiert; im Westen sind dies 21 Prozent (Schwarz 1995).

Gleichwohl besteht - als Ergebnis der unterschiedlichen demographischen Verläufe in Ost- und Westdeutschland - ein großer Unterschied bezüglich des Vorkommens von Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften: Während in nur knapp einem Fünftel der für 1992 geschätzten 1,14 Mio. nichtehelichen Lebensgemeinschaften im früheren Bundesgebiet Kinder lebten, war dies bei mehr als der Hälfte

(55 Prozent) der rund 340.000 eheähnlichen Partnerschaften in den neuen Ländern der Fall. Besteht somit für den Westen Deutschlands eine deutlich stärkere Koppelung von Heirat und Kinderwunsch - 56 Prozent der Ehepaare hatten ein oder mehrere Kinder - so haben nicht verheiratete Paare in Ostdeutschland etwa ebenso häufig Kinder wie Ehepaare (Niemeyer 1994, S.510). Wie hoch der Anteil der gemeinsamen Kinder in den nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist, ist nicht eindeutig geklärt. Verschiedene Schätzungen gehen davon aus, daß in rund 5 Prozent aller eheähnlichen Lebensgemeinschaften gemeinsame Kinder leben.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern sind häufig „Stieffamilien“

Vor dem Hintergrund gestiegener Scheidungsziffern haben die nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern aus einer früheren Partnerschaft an Bedeutung gewonnen. Am häufigsten leben Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, in denen mindestens einer der Partner vorher verheiratet war. Diese Beziehungskonstellationen im Sinne von „Stieffamilien (ohne Trauschein)“ machten 1992 rund 61 Prozent aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern aus. Trotz einer immensen Zuwachsrate bei den Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder auf mehr als das Achtfache des Wertes von 1972 gehen - gerade in den alten Bundesländern - immer noch relativ selten gemeinsame Kinder aus einer nichtehelichen Verbindung hervor. Gleichwohl entsteht aus entsprechenden Untersu-

chungen der Eindruck, daß auch in den nichtehelichen Lebensgemeinschaften der Kinderwunsch häufig vorhanden ist. Dieser These entspricht die Tatsache, daß in den nichtehelichen Lebensgemeinschaften grundsätzlich die positiven Assoziationen zu Kindern dominieren. Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind ihrer Tendenz nach in keiner Weise kinderfeindlich. Zwar übersteigt der Anteil der Personen, die angeben, keine Kinder zu wollen, die Werte für die Gesamtbevölkerung bzw. die verheirateten jungen Paare, doch wünscht sich auch die überwiegende Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften Kinder. Gerade den nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die im Sinne einer vorehelichen Verbindung zu interpretieren sind, ist der Kinderwunsch inhärent. Pläne zur Familiengründung sind jedoch häufig noch wenig konkret. Die Übereinstimmung in der Präferenz des „Zwei-Kind-Modells“ spricht für ein allgemein verbindliches normatives Leitbild, welches gegenüber wesentlichen Veränderungen im generativen Verhalten der letzten zwei Jahrzehnte weitgehend stabil geblieben ist.

Soziale Akzeptanz nichtehelichen Zusammenlebens gestiegen

Gerade auch für die jüngere Generation ist das voreheliche Zusammenleben ein selbstverständliches Modell geworden, zu dessen Realisierung es nicht mehr einer aktiven Entscheidung gegen die Rechtsinstitution der Ehe bedarf: Man zieht aus pragmatischen wie emotionalen Gründen zusammen, ohne damit per se ein Verdikt gegen die Ehe zu fällen. Die

Nichteheliche Lebensgemeinschaften: sieben Thesen

- Nichteheliche Lebensgemeinschaften und Ehen stellen überwiegend keinen Gegensatz dar; nichteheliche Lebensgemeinschaften sind als Ausdifferenzierung traditioneller Lebensformen zu verstehen, die auf besondere Bedürfnisse hin orientiert ist.
- Unter den nichtehelichen Lebensgemeinschaften gibt es verschiedene Formen; bei einem großen Anteil handelt es sich um voreheliche und naheheliche Formen. Ein kleiner Teil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften versteht sich als Alternative in bewußtem Kontrast zur konventionellen Ehe.
- Wertvorstellungen, Bindungsverhalten und Verantwortung gegenüber dem Partner oder der Partnerin sind keine Unterscheidungsmerkmale zwischen ehelichen und nichtehelichen Partnerschaften (zumindest was vor- und naheheliche Formen nichtehelicher Lebensgemeinschaften angeht).
- Obwohl nichteheliche Lebensgemeinschaften in allen Regionen, Schichten und Altersklassen vorkommen, sind sie doch häufiger in großen Städten anzutreffen, die in ihnen lebenden Personen haben ein höheres Bildungsniveau, sie verfügen über höhere Einkommen und eine überdurchschnittliche Lebenszufriedenheit.
- Kinder sind nach wie vor ein wichtiger Grund zu heiraten. Zunehmend werden aber auch in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (gemeinsame und nicht gemeinsame) Kinder erzogen. Vor allem in den neuen Bundesländern gibt es häufiger nichteheliche Familien.
- Die unterschiedlichen Formen des nichtehelichen Zusammenlebens werden in Deutschland weitgehend akzeptiert, vor allem die vor- und nahehelichen Partnerschaften.
- Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive können nichteheliche Lebensgemeinschaften als soziale (Neben-)Institution ohne rechtliche Absicherung (wie sie die Ehe hat) bezeichnet werden. Nach wie vor werden nur von einem kleinen Teil der Betroffenen individuelle rechtliche Regelungen getroffen.

Tendenz, die Trost für schwedische Verhältnisse benennt, wo eine Umkehrung der Normen insofern festzustellen sei, als ein Paar, welches heute ohne vorheriges Zusammenleben heiraten würde, wahrscheinlich auf allgemeines Unverständnis stieße, prognostizierte Schenk¹ bereits zuvor für Deutschland, als sie behauptete, daß es in „naher Zukunft als 'leichtsinnig' gelten wird, einen Menschen zu heiraten“, ohne vorher mit ihm zusammengelebt zu haben. Daß es weitestgehend zur Normalität geworden ist, vor der Ehe zusammenzuwohnen, verdeutlicht auch der hohe Prozentsatz an Ehepaaren, die retrospektiv bestätigen, vor der Heirat ohne Trauschein in einem eheähnlichen Verhältnis gelebt zu haben. So gab Tölke¹ zufolge bereits Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre jedes dritte und dann sogar jedes zweite Ehepaar an, vor der Heirat zusammengelebt zu haben. Ähnliche Werte nennt Schneider¹ für das Ende der 80er bzw. den Beginn der 90er Jahre: Von den Paaren, die 1987/88 in der Bundesrepublik bzw. 1990 in der DDR geheiratet haben, lebten demnach jeweils vier von fünf Paaren vorher in einem gemeinsamen Haushalt. Meyer und Schulze sprechen in ihren Untersuchungen von rund einem Drittel aller deutschen Erwachsenen, die in ihrem Leben Erfahrungen mit einer „unkonventionellen Lebensform“ gemacht haben, wobei die Autorinnen diesen Begriff nicht auf die eheähnlichen Verhältnisse beschränken, sondern hierunter auch Wohngemeinschaften, Singlehaushalte und Alleinerziehende subsumieren.

Nichteheliche Lebensgemeinschaft oft als voreheliche Lebensphase

Es wird allerdings auch deutlich, daß sich die breite Akzeptanz nichtehelichen Zusammenlebens stark auf jene Lebensgemeinschaften richtet, die als vorehelich bezeichnet werden können. In diesem Sinne sprechen auch Vaskovics und Rupp explizit von der „vorehelichen Variante“ der nichtehelichen Lebensgemeinschaft, wenn sie diese als Norm bezeichnen (Vaskovics/Rupp 1995, S.204). Es ist davon auszugehen, daß die Akzeptanz dauerhaft nichtehelicher Lebensgemeinschaften - besonders wenn hier Familiengründungen realisiert werden - sehr viel geringer ist als die Toleranz gegenüber den vorehelichen Partnerschaften. Hierauf deuten auch die Ergebnisse der Emnid-Untersuchung hin, die im Jahre 1983 ein relativ niedriges Maß an Befürwortung von Lebensgemeinschaften ergab, welche als dauerhafte Alternative zur Ehe begriffen wurden. Auf die oft noch fehlende gesellschaftliche Akzeptanz nichtehelicher Familiengründungen verweist auch Schwarz (1996). Die insgesamt recht positive Haltung der Bevölkerung gegenüber den nichtehelichen Lebensgemeinschaften differenziert sich also bei eingehender Betrachtung je nach Stadium und Intention der Lebensgemeinschaft.

Mit den Anzeichen einer gewachsenen Akzeptanz nichtehelicher Lebensmodelle in der Umwelt korrespondieren die Eindrücke der

Call for Papers

Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongreß in Freiburg

Der diesjährige Soziologiekongreß findet als gemeinsamer Kongreß der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie vom 14. bis 18. September 1998 in Freiburg statt. Die übergreifende Themenstellung des Kongresses lautet: „Grenzenlose Gesellschaft?“.

Die Sektion Sozialindikatoren organisiert in diesem Rahmen eine Veranstaltung (Donnerstag, 17. September) zum Thema:

„Sozialberichterstattung für ein 'grenzenloses' Europa: Konzepte, Indikatoren, Ergebnisse“.

Vortragsangebote (bis zum **9. März 1998**, Thema und 1-seitiges Abstract) oder Informationswünsche richten Sie bitte an den Sprecher der Sektion Sozialindikatoren:

Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim,
Tel.: 0621-1246-241, Fax: 0621-1246-100, e-mail: noll@zuma-mannheim.de

Betroffenen selbst. Die Mehrzahl der Befragten³ in der Studie von Vaskovics und Rupp (1995) empfindet ihre Situation denn auch nicht als ungewöhnlich, sondern als „normal“. Schwierigkeiten aufgrund der gewählten Lebensform mit Eltern, Nachbarn und anderen Personen des sozialen Umfelds sind relativ selten: Nur 6 Prozent nennen negative Reaktionen der Eltern, und bei entfernteren Personengruppen sinkt dieser Anteil nochmals. Einzig die Vermieter stellen aus der Sicht von immerhin 13 Prozent der Befragten eine ablehnende Gruppe dar. Insgesamt überwiegt bei den Befragten die Ansicht, in einer privat wie gesellschaftlich akzeptierten Lebensform zu leben.

- 1 Die hier vorgestellten Ergebnisse stammen im wesentlichen aus einem Gutachten für das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Dem Autorenteam gehörten Wolfgang Glatzer, Heidemarie Stuhler, Annette Mingsels und Martina Rösch an. Die Bestandsaufnahme der Forschung wurde in den Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 89/1997 publiziert; das Heft wird vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt 65180 Wiesbaden kostenlos abgegeben. In ihm finden sich über die vorliegende Kurzdarstellung hinausgehende Literaturhinweise.
- 2 Höhn/Dorbritz 1995, S.170
- 3 Für die untersuchten bayerischen Paare trifft vorrangig das Modell der vorehelichen Lebensgemeinschaft zu: Sie sind alle unter 35 Jahre, haben zu einem sehr hohen

Prozentsatz mehr oder minder konkrete Heiratsabsichten, sind ledig und kinderlos.

- Diekmann, A.; Weick, St. (Hrsg.), 1993, *Der Familienzyklus als sozialer Prozeß. Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit den Methoden der Ereignisanalyse*, Berlin.
- Höhn, Ch.; Dorbritz, J., 1995, *Zwischen Individualisierung und Institutionalisierung. Familiendemographische Trends im vereinten Deutschland*. In: Nauck, B.; Onnen-Isemann, C. (Hrsg.), *Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung. Rosemarie Nave-Herz zum 60. Geburtstag*, Neuwied, S.149-174.
- Meyer, S.; Schulze, E., 1992, *Balancen des Glücks. Neue Lebensformen: Paare ohne Trauschein, Alleinerziehende und Singles*, München.
- Niemeyer, F., 1994, *Nichteheliche Lebensgemeinschaften und Ehepaare - Formen der Partnerschaft gestern und heute*. In: *Wirtschaft und Statistik*, H.7, S.504-517.
- Schwarz, K., 1996, *Ist heiraten noch zeitgemäß?* In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, H.2, Jg.21, S.131-143.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1997, *Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn.
- Vaskovics, L. A.; Rupp, M., 1995, *Partnerschaftskarrieren. Entwicklungspfade nichtehelicher Lebensgemeinschaften*, Opladen.

■ Wolfgang Glatzer,
J.W.Goethe-Universität Frankfurt
Tel.: 069/7982-3584

Der Umbau des Wohlfahrtsstaates hinterläßt seine Spuren

Lebensbedingungen und Ungleichheit in Schweden - 1975 -1995

Der Eintritt in die neunziger Jahre markierte für Schweden offenbar einen Wendepunkt in einer langen Ära wachsenden Wohlstands und umfassender sozialer Sicherheit. Sinkende Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit, eine deutliche Zunahme der Armut, die teilweise Verschlechterung der Wohnverhältnisse und materiellen Lebensbedingungen sowie die zunehmende Ungleichheit zwischen den Generationen sind einige von vielen Befunden aus dem soeben erschienenen Sozialbericht des schwedischen statistischen Zentralbüros, die eine Trendwende der Wohlfahrtsentwicklung in der schwedischen Gesellschaft der neunziger Jahre dokumentieren. Teilweise werden dabei auch die Folgen des Um- und teilweisen Abbaus des einst das „Modell Schweden“ verkörpernden Wohlfahrtsstaates sichtbar.

Der vorliegende Sozialbericht ist das Ergebnis eines der umfassendsten und anspruchsvollsten Projekte der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung, die es derzeit gibt. Seit 1974 führt das Schwedische Statistische Amt jährlich den „Level of Living Survey“ durch, eine Repräsentativbefragung von rund 7000 Personen, die darauf ausgerichtet ist, mit einer Auswahl von sozialen Indikatoren Lebensbedingungen und Wohlfahrt der schwedischen Bevölkerung in elf Lebensbereichen kontinuierlich zu messen und in ihrem Wandel zu beobachten. Die Ergebnisse dieser Erhebungen werden seit vielen Jahren im Rahmen eines differenzierten Systems der Sozialberichterstattung aufbereitet und veröffentlicht. Mit der jüngsten Publikation wird nun ein umfassender Sozialbericht vorgelegt, der die Tendenzen der Wohlfahrtsentwicklung der schwedischen Gesellschaft auf dieser Datenbasis über den gesamten Zeitraum seit 1974 in einer Zusammenschau präsentiert und analysiert. Die Redaktion des Reports besorgen Lars Häll und Joachim Vogel - beide Statistics Sweden. Zu dem stattlichen Autorenteam gehören Mitarbeiter des statistischen Zentralbüros, aber auch akademische Sozialwissenschaftler, darunter so prominente Vertreter wie Robert Erikson, Walter Korpi und Rune Aberg.

Der mehr als 670 Seiten starke Report umfaßt insgesamt 34 Kapitel, darüber hinaus eine Einleitung über „Wohlfahrtsmessung und Sozialberichterstattung“ sowie eine englischsprachige Zusammenfassung. Die thematische Gliederung orientiert sich an Lebensbereichen, wie z.B. Arbeit und Freizeit, materielle Lebensbe-

dingungen, Gesundheit, soziale Mobilität und soziale Beziehungen, worunter sowohl die Einbindung in Primärgruppen als auch die politische Partizipation und verschiedene Aspekte der Sicherheit verstanden werden. Weitere Themen sind die Entwicklung der Ungleichheit, deren Abbau über lange Jahre zu den zentralen Zielen der wohlfahrtsstaatlichen Politik gehörte, aktuelle Wohlfahrtsprobleme, wie das für Schweden relativ neue Problem der Massenarbeitslosigkeit oder die Chancengleichheit im Bildungssystem, sowie der Wandel des Wohlfahrtsstaates selbst.

Zu den überraschenden Ergebnissen gehört, daß der Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen um 18 Prozent zwischen 1975 und 1995 ähnlich wie z.B. in den USA fast ausschließlich auf die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und nicht auf einen Anstieg der Reallöhne, der in diesem Zeitraum lediglich 3 Prozent betrug, zurückzuführen ist. Nachdem sich die Ungleichheit der Einkommensverteilung bis zum Ende der siebziger Jahre kontinuierlich verringert hatte, nimmt sie seit Beginn der achtziger Jahre wieder zu, zunächst als Effekt eines stärkeren Wachstums der höheren Einkommen, aber im Verlauf der neunziger Jahre vor allem durch weitere Verschlechterungen im unteren Einkommensegment bedingt. Auch in Schweden hat das sinkende Beschäftigungsniveau und die einsetzende Massenarbeitslosigkeit nicht zuletzt auch die Armutsquote steigen lassen: Besonders betroffen sind - ähnlich wie in anderen Ländern - Familien mit Kindern, darunter insbesondere Alleinerziehende.

Nicht nur die steigende Armutsquote deutet darauf hin, daß der Höhepunkt des bis in die achtziger Jahre mehr oder weniger kontinuierlich zunehmenden Massenwohlstands auch in Schweden mittlerweile überschritten zu sein scheint. Die Trendwende in der Wohlstandsentwicklung äußert sich zudem in Verschlechterungen der materiellen Lebensumstände der verschiedensten Art, so z.B. einer teilweise sinkenden Qualität der Wohnverhältnisse und einem Rückgang verschiedener Konsumformen - z.B. Bezug von Tageszeitungen und Ferientreisen - und der Ausstattung der Haushalte mit Luxusgütern, wie z.B. Ferienhaus, Wohnmobil oder Boot, die jedoch in Schweden einen hohen Verbreitungsgrad haben.

Auf gewisse Krisensymptome deutet auch die Analyse der sozialen Beziehungen hin. So hat neben den Scheidungsquoten und der Zahl der

Kinder mit geschiedenen Eltern auch die soziale Isolierung in der Bevölkerung zugenommen. Dazu trägt nicht nur die zunehmende Verbreitung des Alleinlebens als Lebensform bei, sondern ein zunehmender Anteil der Befragten - 1995 ca. 25 Prozent der Männer und 13 Prozent der Frauen - gibt zudem an, über keine engen Freunde zu verfügen. Dazu nur scheinbar im Widerspruch steht die ungebrochen starke Verbreitung ehrenamtlicher Betätigung und freiwilligen Helfens in der schwedischen Bevölkerung. Deutlich zurückgegangen ist dagegen die Mitgliedschaft und aktive Betätigung in politischen Parteien. Auch in den Gewerkschaften ist die aktive Beteiligung stark rückläufig, aber - im Gegensatz zu vielen anderen Ländern - nicht die Mitgliedschaft.

Obwohl Schweden zusammen mit den anderen skandinavischen Ländern nach wie vor zu den egalitärsten Gesellschaften gehört, nimmt die Ungleichheit in verschiedenen Bereichen auch hier tendenziell wieder zu. Auffällig sind insbesondere die sich vor allem im Laufe der neunziger Jahre vergrößernden Wohlfahrtsdifferenzen zwischen den Generationen, die gegenüber den traditionellen Klassenunterschieden in den Vordergrund getreten sind. Während sich die Situation der älteren Bevölkerung - nicht zuletzt aufgrund der prosperierenden Wirtschaft und des hohen Beschäftigungsniveaus in der Vergangenheit - kontinuierlich verbessert hat, hat sich der Lebensstandard der jüngeren deutlich verschlechtert. Mit einer verlängerten Lebenserwartung, einem verbesserten Gesundheitsniveau, vermehrten Sozialbeziehungen und einem gestiegenen Lebensstandard erweisen sich die Rentner gegenwärtig eindeutig als die Gewinner des sozialen Wandels in der schwedischen Gesellschaft.

Was den vorliegenden Report auszeichnet, ist neben der differenzierten Beschreibung und Analyse der Wohlfahrtsentwicklung der schwedischen Gesellschaft nicht zuletzt der Anspruch, diese Entwicklungen - sofern entsprechende Daten zur Verfügung stehen - auch in einen internationalen Zusammenhang zu stellen und mit den übrigen Ländern der Europäischen Union zu vergleichen. Dieser Vergleich macht deutlich, daß sich hinsichtlich der betrachteten Wohlfahrtsindikatoren in der Regel ein skandinavisches Länder-Cluster von einem südeuropäischen und einem west-mitteleuropäischen ‚Cluster‘ unterscheiden läßt, wobei die skandinavischen Länder nach wie vor häufig Spitzenpositionen einnehmen.

Levnadsförhållanden. Valfärd och ojämlikhet i 20-årsperspektiv 1975-1995 (Living Conditions and Inequality in Sweden - a 20-Year Perspective 1975-1995). Report No 91. Statistics Sweden, Stockholm 1997. ISBN 91-618-0918-7.

■ Heinz-Herbert Noll, ZUMA
Tel. 0621/1246-241

Unterschiedliche Freizeitkulturen in Europa?

Ein Vergleich von Umfang und Nutzung der freien Zeit

Wenn verschiedene Aspekte der Lebensqualität diskutiert werden, dann zählt die freie Zeit zu den zentralen Aspekten, die zur individuellen Wohlfahrt beitragen. Auch wenn gegenwärtig die Sorge um Arbeitsplätze und die finanziellen Ressourcen zugenommen hat, so waren 1993 immer noch 84 Prozent der Befragten der EU-Länder der Ansicht, daß Freizeit zu den wichtigen Dingen im Leben zählt. Bisher wurde in zahlreichen Arbeiten das Freizeitverhalten einzelner Nationen analysiert, jedoch wurden in der jüngeren Zeit nur selten die verschiedenen europäischen Ländern miteinander verglichen¹. In diesem Beitrag wird das Thema „Freizeit und Zeitverwendung“ aus einer europäisch vergleichenden Perspektive betrachtet. Es stellt sich dabei die Frage, inwieweit sich Umfang und Gestaltung der freien Zeit zwischen diesen Ländern ähneln bzw. unterscheiden. Wo zeigen sich Gemeinsamkeiten in der Nutzung der freien Zeit und wo sind spezifische kulturelle Unterschiede sichtbar? Stellt Freizeit überall einen gleich wichtigen Bestandteil der individuellen Wohlfahrt dar und wie wird sie gestaltet? Es werden dazu Sekundärdaten ausgewertet, es werden einzelne nationale „Social reports“ verglichen, und es werden Daten auf der Individualebene analysiert.

Bereits bei der Definition und Abgrenzung des Begriffes Freizeit treten große Unterschiede zwischen den Forschungsansätzen, aber auch zwischen den Ländern auf. Häufig wird Freizeit als die „frei verfügbare Zeit“ definiert, die verbleibt, wenn man die Arbeitszeit und die Zeit, die für die physischen Grundbedürfnisse (wie Schlafen, Essen) notwendig ist, von der gesamten Zeit abzieht. Diese Art von Freizeitdefinition wird als „negativer Freizeitbegriff“ bezeichnet, da sie sich aus der Bipolarität der beiden Bereiche Arbeit und Freizeit bzw. Berufs- und Privatleben ergibt. So bedeutet Freizeit in diesem Sinne Frei-Sein von Arbeit. Ein „positiver Freizeitbegriff“ läßt all die Tätigkeiten, die als „Freisein von Verpflichtungen und Zwängen“ verstanden werden, dem Bereich Freizeit zufallen, was für jede Person eine unterschiedliche Definition von Freizeittätigkeiten zur Folge hat. Besonders problematisch bezüglich ihrer Zuordnung sind Tätigkeiten wie Hausarbeit, handwerkliche Arbeiten oder Kinderbetreuung, die je nach individueller Einschätzung zur Freizeit oder zur Arbeit zählen.

Hohe Wochenarbeitszeiten in Großbritannien

Bevor Umfang und Nutzung der freien Zeit in den Ländern der Europäischen Union (EU) betrachtet werden, sei kurz auf die Entwicklung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit eingegangen, deren Umfang - im Sinne des „negativen Freizeitbegriffs“ - die Tages- und Wochenfreizeit der erwerbstätigen Bevölkerung maßgeblich beeinflusst. Für Vollzeitbeschäftigte in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen betrug die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in den Ländern der EU 1992 40,3 Stunden. In Belgien, Italien und Dänemark war die Wochenarbeitszeit mit un-

ter 39 Stunden am niedrigsten, im Süden der EU (Portugal, Spanien, Griechenland) und im Nordwesten (Großbritannien, Irland) erreichte sie die höchsten Werte (vgl. Graphik 1). Die Wochenarbeitszeiten unterscheiden sich insgesamt innerhalb der EU nur wenig und haben sich in den vergangenen zehn Jahren kaum verändert.

Allerdings unterscheiden sich die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten zwischen den Angehörigen der einzelnen Wirtschaftsbereiche in den jeweiligen Ländern deutlich. Während Vollzeitbeschäftigte in der Landwirtschaft in Irland eine Wochenarbeitszeit von knapp 50 Stunden nannten, gab dieselbe Gruppe in den Niederlanden an, 40,8 Stunden, in Italien 40,5 Stunden pro Woche zu arbeiten.

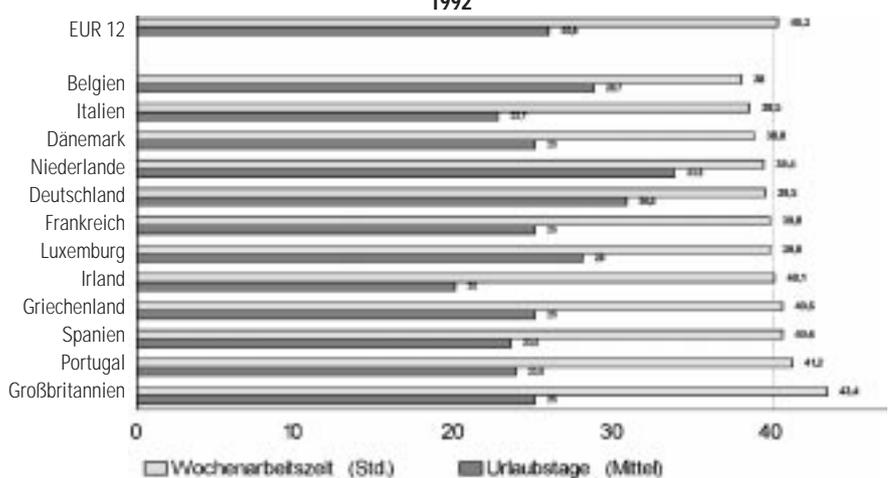
In der Industrie und im Dienstleistungsbereich schwanken die Wochenarbeitszeiten zwischen den Nationen weniger stark.

Die meisten Urlaubstage in den Niederlanden und in Deutschland

Größere Unterschiede als in der Wochenarbeitszeit bestehen zwischen den Ländern der EU hinsichtlich der freien Zeit im Jahresverlauf. So reicht die durchschnittliche Zahl der Urlaubstage pro Jahr von 20 Tagen (Irland) bis zu 34 Tagen (Niederlande). Mehr als 30 Tage Urlaub haben Vollzeitbeschäftigte nur in Deutschland und den Niederlanden. Im europäischen Mittel verfügt man also um durchschnittlich eine Woche weniger Jahresurlaub als in Deutschland. Berücksichtigt man dazu die gesetzlichen Feiertage der einzelnen Länder, so verfügen deutsche Vollzeitbeschäftigte über die meisten freien Tage pro Jahr (selbst in den protestantischen Bundesländern bleiben noch knapp 42 Tage). Dagegen verbleiben irischen Arbeitnehmern mit den gesetzlichen Feiertagen nur 28 Tage Jahresfreizeit. Es erklärt sich aus dieser Übersicht, daß allein durch die tariflichen und gesetzlichen Vorgaben, die durch Wochenarbeitszeit und Urlaubstage/Feiertage entstehen, relativ viel oder wenig arbeitsfreie Zeit zur Verfügung steht. Die nord- und mitteleuropäischen Länder schneiden dabei relativ günstig ab, während in Südeuropa und auf den britischen Inseln die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind. Dort werden durchschnittlich mehr Wochenarbeitsstunden abgeleistet, und gleichzeitig verfügen die Vollzeitbeschäftigten über weniger Urlaubstage.

In der Diskussion um die zunehmende Individualisierung und um Lebensstile gewann Freizeit, und vor allem die Art und Weise, wie man sie verbringt, große Bedeutung. Häufig werden Freizeitaktivitäten und die Freizeitgestaltung als ein Bestandteil der „möglichen expressiven Stilisierung“ (neben Kleidung und

Graphik 1: Durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten (Std.)
Durchschnittliche Zahl der Urlaubstage pro Jahr
1992



Quelle: Eurostat Jahrbuch '95

Wohnung) betrachtet². Wie verbringen nun die Menschen in den verschiedenen europäischen Ländern ihre Freizeit?

Briten verbringen die längste Zeit mit Fernsehen

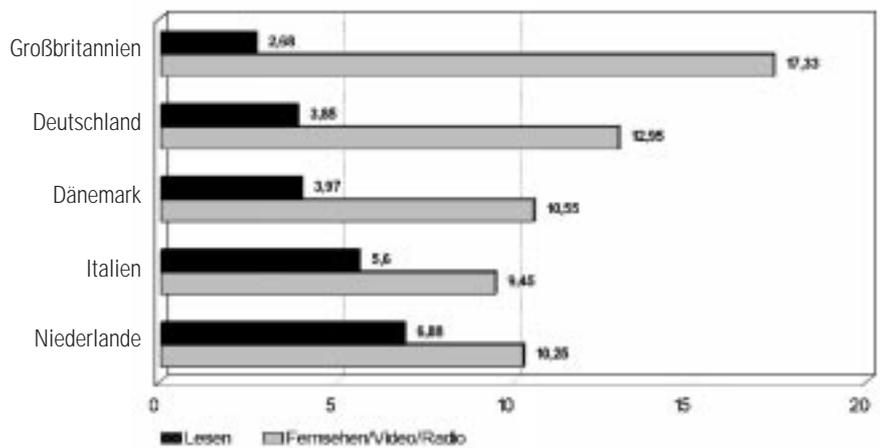
Es sind vor allem die unterschiedlichen Erhebungsmethoden, die unterschiedlichen Zeitpunkte der Erhebungen und die Abweichungen der Fragentexte, die einen unmittelbaren Vergleich nur für zentrale Formen der Freizeitgestaltung ermöglichen. So können Vergleiche dahingehend angestellt werden, wieviel Zeit die Befragten pro Woche dem „modernen“ (passiven) Medium Fernsehen widmen und wieviel Zeit sie zum Vergleich mit der „klassischen“ (aktiven) Art der Informationsaufnahme, dem Lesen (von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen), verbringen.

Graphik 2 zeigt für einige ausgewählte Länder Europas die Anzahl der Stunden und Minuten pro Woche, die Befragte lesen bzw. fernsehen. In allen Ländern verbringen die Befragten mehr Zeit vor dem Fernsehapparat als hinter dem Buch oder der Zeitung. Vor allem die Briten verbringen deutlich mehr Zeit mit Fernsehen als alle anderen Europäer. Vergleicht man den Ausstattungsgrad mit Fernsehgeräten pro 1.000 Einwohner, so lagen diese Quoten 1993 in den skandinavischen Ländern und den Niederlanden sogar noch über den Quoten in Großbritannien, so daß die Verfügbarkeit eines Fernsehgerätes allein noch nicht die Dauer der Nutzung erklären kann. Relativ viel Zeit verbringen die Niederländer mit Lesen, obwohl sie auch zu den Nationen zählen, die relativ viel Zeit fernsehen. Es müssen sich also diese beiden Aktivitäten nicht immer - wie in Großbritannien - gegenseitig ausschließen.

Immer mehr Europäer in ihrer Freizeit sportlich aktiv

Sportliche Aktivitäten zählen zu den Tätigkeiten, die fast ausschließlich in der Freizeit statt-

Graphik 2: Freizeitaktivitäten in Stunden pro Woche



Quelle: Eurostat (DK: 1987/16-74J.; D: 1991/92/ab 12 J.; NL: 1990/ab 12 J.; GB: 1993/94/ab 16 J.; I: 1980)

finden. Sie gewannen in den vergangenen Jahren in sämtlichen Altersgruppen an Bedeutung, sowohl was den Zeitaufwand, als auch den finanziellen Aufwand anbelangt. Seit den siebziger Jahren ist der Anteil derjenigen, die in ihrer Freizeit Sport treiben, in fast allen Ländern Europas angestiegen: Im Durchschnitt der EU12 lag der Anteil 1987 bei 17,3 Prozent der Befragten. In Deutschland ist der Anteil derjenigen, die in ihrer freien Zeit Sport treiben, von 1973 mit 18 Prozent (West) auf 34 Prozent 1991 (West, 23 Prozent Ost) angestiegen, in den Niederlanden von 1979 mit 58 Prozent auf 65 Prozent 1991 und in Dänemark von 1964 mit 15 Prozent auf 42 Prozent 1987. In den Niederlanden fällt zudem auf, daß eine besonders starke Zunahme der Sporttreibenden in der Bevölkerung ab 45 Jahren bzw. ab 65 Jahren stattgefunden hat. Diese Entwicklung hängt sicherlich damit zusammen, daß sich in den letzten zwanzig Jahren ein Wandel in der Gestaltung des Rentenalters derart vollzogen hat, daß der „Ruhestand“ heute in weitaus stärkerem Maß (sportlich) aktiv gestaltet wird bzw. auch gestaltet werden kann.

Am beliebtesten sind in fast allen Ländern Wandern und Schwimmen, Sportarten, die ganzjährig ausgeübt werden können und vom Lebensalter nahezu unabhängig sind (vgl. Tabelle 1). Bei dem Vergleich der ausgeübten Sportarten werden bereits landestypische „Volkssportarten“ und nationale Besonderheiten deutlich. Alpines Skifahren ist natürlich in einem alpinen Land wie Österreich eine Volkssportart, während sich in Schweden Bootfahren und Fischen als Sportarten größerrer Beliebtheit erfreuen als in anderen Ländern. Fußball rangiert dagegen unter den aktiv betriebenen Sportarten nur auf einem mittleren Platz. Hier muß zwischen dem Publikumsinteresse, das bestimmten Sportarten zukommt, und der aktiven Ausübung von Sportarten deutlich unterschieden werden.

Vereinsmitgliedschaften in Nord- und Mitteleuropa am höchsten

In zahlreichen sozialwissenschaftlichen Studien zum Freizeitverhalten wurde auf die zunehmende Individualisierung und Kommerzialisierung in der Freizeit hingewiesen. Betracht-

Tabelle 1: Anteil der Bevölkerung, die bestimmte Sportarten häufiger/regelmäßig ausüben

	Tennis	Ski alpin	Schwimmen	Radfahren	Wandern	Fischen	Jagen	Bootfahren	Fußball
Schweden			78		81	36	12	42	
Dänemark	6	11	24	29	22	10	5		14
Niederlande	10		33	25	22				14
Großbritannien			25		51	5			
Deutschland-W	11	18	44	16	42				10
Deutschland-O	3	10	39	13	43				9
Österreich		31	41	25					
Frankreich	7	4	6	5	6				4
Italien*	12	13	14						23

* Anteile an all denjenigen, die irgendeinen Sport ausüben

Quellen: Central Statistical Office of the United Kingdom (Ed.), 1995: Social Trends, London; Damarks Statistik Socialforskningsinstitutet (Ed.), 1992: Levevilkar i Danmark, Statistik oversigt, Kopenhagen; Institut Nationale de la Statistique et des Etudes Économiques (Ed.), 1990: Données Sociales, Paris; Istituto nazionale di statistica (Ed.), 1990: Sintesi della Vita Sociale Italiana, Rom. Noelle-Neumann, E. & Köcher, R. (Hrsg.), 1993: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie (1984-1992), München u.a.O.; Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hrsg.), 1990: Sozialstatistische Daten 1990, Beiträge zur Österreichischen Statistik, Wien; Social and Cultural Planning Office of the Netherlands (Ed.), 1993: Social and Cultural Report, 1992, Rijswijk; Statistics Sweden (Ed.), 1988: Living Conditions, Report No 58, Inequality in Sweden, Stockholm

tet man die o.g. häufig ausgeübten Sportarten, so kann man feststellen, daß diese Sportarten ohnehin individuell und unorganisiert betrieben werden können. Die Vereine in Deutschland klagten jedoch ganz besonders über einen Mitgliederschwund und eine „Vereinsmüdigkeit“, die damit einhergehe, daß sich immer mehr junge Menschen kommerziellen „unverbindlichen“ Organisationen, wie z.B. einem Fitneß-Studio, anschließen. Diesen immer wieder geäußerten Sorgen der Vereine steht jedoch die Entwicklung der Mitgliederzahlen entgegen.

In Deutschland gaben 1978 im Wohlfahrtssurvey nur 51 Prozent aller Befragten an, Mitglied in einem Verein zu sein (69 Prozent der Männer und 36 Prozent der Frauen), während sich 1988 58 Prozent zu einem Verein zählten (70 Prozent der Männer und 48 Prozent der Frauen), und auch 1993 lag der Anteil noch bei 57 Prozent. Es mag sein, daß der Umfang des ehrenamtlichen Engagements für die Vereine zurückgeht, jedoch die Mitgliederzahlen in Deutschland weisen noch nicht auf einen Rückzug der Personen vom Vereinsleben hin. Es bleibt abzuwarten, ob die Vereine - besonders durch das Anwerben junger Mitglieder - ihre Anteile halten können.

Betrachtet man nur die Mitgliedschaften in Sportvereinen im europäischen Vergleich, so zeigt sich, daß es ein klares Nord-Süd-Gefälle in Europa hinsichtlich des Organisationsgrades im sportlichen Bereich gibt. Die „Vereinsmeier“ leben in Nord-/Mitteleuropa: 1990 waren 52 Prozent der Schweizer/-innen, 37 Prozent der Norweger/-innen, 33 Prozent der Deutschen, 31 Prozent der Niederländer/-innen, 30 Prozent der Dänen/-innen und 28 Prozent der Schweden/-innen Mitglieder von Sportvereinen. Die Skandinavien/-innen zählen zu den Nationen, die nicht nur mehr Sport treiben als die anderen Nationen, sondern offensichtlich auch stärker in Sportvereinen organisiert sind.

In Deutschland geht der hohe Anteil der Vereinsmitglieder nicht unbedingt mit einem hohen Anteil an Aktiven der jeweiligen Sportart einher. Betrachtet man die Mitgliedschaft in den einzelnen Sportverbänden, so liegen mit Abstand die Mitgliedschaften im Fußball- und im Turnverein am höchsten, gefolgt von Mitgliedschaften im Tennis- und im Schützenverein. Dagegen nimmt Fußball unter den aktiv ausgeübten Sportarten nur einen geringen Anteil von 10 Prozent ein. Besonders beim Fußball ist davon auszugehen, daß einer aktiven Zeit - meist in der Jugend - eine lange Vereinsmitgliedschaft und -treue folgt, auch wenn der Sport nicht mehr aktiv ausgeübt wird. In den südeuropäischen Ländern liegen die Anteile der Personen im organisierten Sport wesentlich niedriger als im europäischen Mittel. So sind in Italien nur 8 Prozent, in Spanien 6 Prozent und in Portugal sogar nur 2 Prozent der Bevölkerung in Sportvereinen organisiert.

Unterschiede in der Wichtigkeit bestimmter Freizeitaktivitäten

Neben den oben dargestellten quantitativen Vergleichen, die durch die Verfügbarkeit - oder besser den Mangel - von Daten zu diesem Thema gekennzeichnet sind, kann durch einen Vergleich der jeweiligen Berichterstattung zu Freizeit in den nationalen „social reports“ ebenfalls ein Eindruck von den unterschiedlichen Arten der Freizeitgestaltung in den einzelnen Ländern gewonnen werden. Diese „Meta-Ebene“ der vergleichenden Betrachtung stellt eine Ergänzung zu den empirischen Analysen dar. Dabei zeigen sich in den Sozialberichten bereits in der Gliederung des jeweiligen Kapitels „Freizeit“ und in der Dokumentation bestimmter Tätigkeiten für jede Nation spezifische „Freizeitkulturen“ sowie unterschiedliche Einschätzungen der Freizeit in den jeweiligen Gesellschaftssystemen.

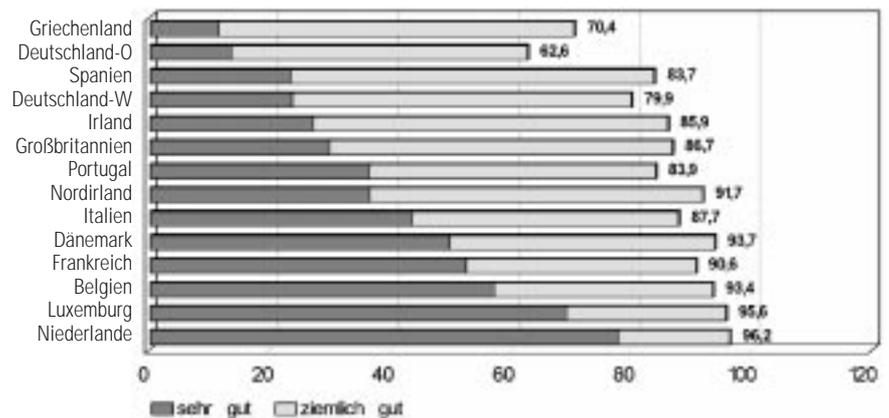
So nimmt in dem skandinavischen Sozialbericht zu „Living Conditions“ innerhalb des Kapitels „Freizeit und Erholung“ die Ausstattung mit den verschiedensten Freizeitgütern (z.B. Fernsehgerät, Video-Recorder, PKW, Wohnwagen, Wochenendhaus, Boot) außergewöhnlich großen Raum ein. Vor allem wird ausführlich berichtet, welche Gruppen innerhalb der Gesellschaft nicht über bestimmte Freizeitgüter verfügen. So besaßen 1985 im Durchschnitt 53,8 Prozent der Schweden/-innen kein Wochenendhaus, unter den Personen in der Region Stockholm waren nur 41,2 Prozent ohne Wochenendhaus und von den alleinerziehenden Müttern besaßen immerhin 65,2 Prozent kein Wochenendhaus. Aus bundesdeutscher Sicht mag ein Wochenendhaus zu den Luxusgütern zählen, dies ist jedoch in Schweden - ähnlich auch in den Niederlanden - offensichtlich nicht der Fall. Deutlich wird jedoch auch an diesem Beispiel, daß es in Schweden von Interesse ist, welche Bevölkerungsgruppen Zugang zu welchen „Freizeitressourcen“ besitzen und bei welchen Gruppen der Zugang eingeschränkt ist.

Auch hinsichtlich der Freizeitaktivitäten, über die berichtet wird, gibt es große landesspezifische Unterschiede. In Skandinavien werden Aktivitäten, wie z.B. Boot fahren, Angeln und Jagen im Einzelnen aufgelistet. In dem britischen Sozialbericht „Social Trends“ werden dagegen die ausgeübten Sportarten nur rudimentär erfaßt. Dagegen nehmen die Erfassung des Leseverhaltens (vor allem für die verschiedenen Tageszeitungen) und die Wahl der Fernsehsender großen Raum ein. Als britische Besonderheit fällt die ausführliche Bilanzierung der Zuschauer/-innenzahlen für die verschiedenen Sportereignisse auf. Es handelt sich dabei vor allem um Fußballspiele in den unterschiedlichen Ligen und Rubryspiele, aber auch Pferde- und Hunderennen. Ebenso werden Statistiken über die Teilnahme an Lotterien, Casinos und Bingo Clubs geführt. Diese Freizeitbeschäftigung wird in keinem anderen Sozialbericht - unter den vorliegenden „reports“ - überhaupt dokumentiert. Im französischen Sozialbericht „Données Sociales“ dagegen wird außergewöhnlich ausführlich über den Urlaub, bzw. das Reiseverhalten im Detail berichtet. Es erscheinen nicht nur die wichtigsten Reiseländer der französischen Haushalte, sondern es wird zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, den Urlaubsarten (am Meer, Wintersport usw.) und den Altersgruppen unterschieden. Daraus ist zu schließen, daß die Gestaltung des Urlaubs in Frankreich von großer Wichtigkeit ist.

Familie und Beruf immer noch wichtiger als Freizeit

Neben dem Umfang, den die freie Zeit in den verschiedenen europäischen Ländern einnimmt und den Aktivitäten, mit denen sich die Europäer/-innen in ihrer freien Zeit beschäftigen, ist für eine Einschätzung dieser Analysen auch von Bedeutung, wie wichtig den Personen diese freie Zeit ist. In einer Umfrage des Eurobarometers gaben im Durchschnitt immerhin 84 Prozent an, daß für sie Freizeit zu den wichtigen Dingen im Leben zählt. Wesent-

Graphik 3: Anteil der Befragten, die angaben, daß sie in der Lage sind, ihre Freizeit sehr gut / ziemlich gut zu nutzen



Quelle: Eurobarometer Okt./Nov. 1993

lich wichtiger waren allerdings die Familie (96 Prozent), die Arbeit (90 Prozent) und die Freunde (88 Prozent). Deutliche nationale Unterschiede zeigen sich, wenn man die Anteile derjenigen vergleicht, die auf die Frage nach Dingen, die unbedingt zum Leben erforderlich sind, „genug Freizeit und Mittel zu besitzen, um sie zu genießen“ nennen. Mehr als zwei Drittel der Befragten in Griechenland, Nordirland und Portugal halten Freizeit und die Mittel dazu für unbedingt notwendig, während dies z.B. für weniger als die Hälfte der Befragten in Frankreich, Belgien und Westdeutschland gilt.

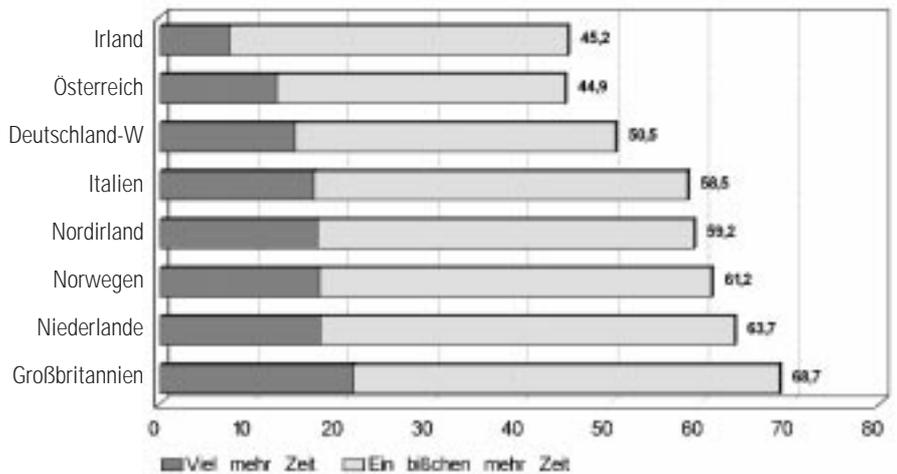
Wenn man der Frage nachgeht, inwieweit es den Befragten möglich ist, die ihnen zur Verfügung stehende freie Zeit befriedigend zu nutzen, so zeigen sich ebenfalls große Unterschiede in Europa (Graphik 3). Mit Abstand am besten können - nach diesen Ergebnissen - die Befragten in den Benelux-Ländern ihre Freizeit nutzen. Besonders in den Niederlanden ist man sowohl mit dem Umfang der Freizeit, den Mitteln als auch der Nutzung der Freizeit ausgesprochen zufrieden. In Griechenland und in den neuen Bundesländern in Deutschland bezeichneten am wenigsten Befragte ihre Nutzungsmöglichkeiten in der Freizeit als „sehr gut“ oder „gut“.

Wenn man berücksichtigt, daß in Griechenland der höchste Anteil von knapp drei Viertel der Befragten Freizeit und Mittel zur Freizeitgestaltung als unbedingt notwendig ansehen, dann wird hier eine deutliche Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit sichtbar. Auch in den neuen Ländern der Bundesrepublik sind relativ wenige Befragte der Ansicht, daß sie ihre Freizeit gut oder sehr gut nutzen können. Es ist anzunehmen, daß durch die hohe Arbeitslosigkeit und die prekäre finanzielle Lage zahlreicher Haushalte - unfreiwillig viel - freie Zeit existiert, die jedoch nicht so genutzt werden kann, wie dies gewünscht wird.

Anhand des ISSP kann der Frage nachgegangen werden, inwieweit die Befragten sich mehr Zeit für Freizeit wünschen würden oder ob ihnen die zur Verfügung stehende freie Zeit ausreicht. Graphik 4 zeigt die Ergebnisse des ISSP, aus denen deutlich wird, daß in Großbritannien von knapp 70 Prozent der Befragten mehr Zeit für Freizeit gewünscht wird. Vergleicht man dieses Ergebnis mit den Wochenarbeitszeiten in den jeweiligen Ländern, so lag auch hier Großbritannien an erster Stelle. Die hohen Wochenarbeitszeiten und der Mangel an Freizeit sind für die befragten Briten offensichtlich problematisch.

Dagegen war unter den Befragten in Irland der Anteil der Personen, die gerne viel mehr Zeit für Freizeitaktivitäten hätten, gering, obwohl man gerade in Irland über relativ wenig Urlaub verfügt und ebenfalls hohe Wochenarbeitszeiten erreicht werden (vgl. Graphik 1). Auch unter den voll erwerbstätigen Befragten wünschten in Irland nur 9 Prozent viel mehr freie Zeit. Dagegen äußerten 27 Prozent der

Graphik 4: Anteil der Befragten, die gerne viel mehr / ein bißchen mehr Zeit mit Freizeitaktivitäten verbringen würden



Quelle: ISSP (International Social Survey Programme, 1989)

vollbeschäftigten Befragten in Großbritannien den Wunsch nach viel mehr freier Zeit. Es scheint, daß besonders durch hohe Wochenarbeitszeiten Einschränkungen in der Freizeit wahrgenommen werden.

Mittel zur Freizeitgestaltung wichtig

Bei näherer Betrachtung läßt sich feststellen, daß es Länder in Europa gibt, in denen man offensichtlich über wenig Freizeit verfügt, dies aber nicht als Mangel wahrnimmt (z.B. Irland). In anderen Ländern ist dagegen zwar der Umfang der freien Zeit größer ist, jedoch stehen andere - in erster Linie finanzielle - Defizite einer befriedigenden Freizeitgestaltung im Wege (z.B. Ostdeutschland). Deutschland und die Benelux-Länder zählen insgesamt dennoch zu den Ländern, in denen sowohl der Umfang der freien Zeit als auch die finanziellen Ressourcen eine relativ befriedigende Freizeitgestaltung ermöglichen. Es muß jedoch - nicht nur bei europaweiten Vergleichen - zunehmend dahingehend unterschieden werden, inwieweit freie Zeit freiwillige oder unfreiwillige Freizeit (z.B. durch Arbeitslosigkeit) darstellt, und ob die finanziellen Ressourcen eine zufriedenstellende Nutzung ermöglichen. Für die individuelle Zufriedenheit mit der Freizeit und das Wohlbefinden stellen diese Aspekte wesentliche Einflußfaktoren dar. Es sollte daher berücksichtigt werden, daß ein Anstieg der freien Zeit, die unfreiwillig und durch finanzielle Einschränkungen gekennzeichnet ist, durchaus ein Potential für soziale Konflikte darstellen.

2 In Anlehnung an das Modell von H.P. Müller (1992): *Sozialstruktur und Lebensstile*. Frankfurt a.M.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 1996: *Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung*. Schriftenreihe Band 121, Bonn.
 Eurostat (Ed.), 1995: *Eurostat Jahrbuch '95*, Luxemburg.
 Eurostat (Ed.), 1995: *Sozialporträt Europas*, Brüssel, Luxemburg.
 Noelle-Neumann, E. & Köcher, R. (Hrsg.), 1993: *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie (1984-1992)*, München u.a.O.
 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1996: *Statistisches Jahrbuch für das Ausland*. Wiesbaden.

Caroline Kramer, ZUMA
 Tel.: 0621/1246-244

1 In den 70er Jahren erschien von Szalai, A. et al. (Hrsg.) eine große vergleichende Studie „The Use of Time“ (Mouton, Den Haag, 1972), vgl. auch: Scheuch, E.K., 1972: *Die Verwendung von Zeit in West- und Osteuropa*, In: Scheuch, E.K. & R. Meyersohn (Hrsg.): *Soziologie der Freizeit*, S. 192-218.

Institutionen und individuelle Wohlfahrt

Perspektiven der Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung

Die Sektion Sozialindikatoren in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) führten am 24. und 25. Oktober 1997 eine gemeinsame Tagung zum Thema „Institutionen und individuelle Wohlfahrt: Perspektiven der Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung“ durch. Die Tagung wurde von Peter Flora (MZES) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA) organisiert und geleitet. In zwei Tagen wurden insgesamt 12 Beiträge präsentiert und diskutiert.

Zunächst stellte H.-H. Noll einleitend die Perspektiven der Sozialberichterstattung vor. Neben der Darstellung verschiedener Wohlfahrtskonzepte wurde dabei die Ausrichtung auf die individuelle Wohlfahrt betont. P. Flora führte in die Perspektive Sozialstaatsbeobachtung ein und stellte sie als spezielle Form der Sozialberichterstattung dar: Eine zentrale Rolle spiele die Untersuchung der Strukturierung der Lebenschancen durch die Institutionen im Wohlfahrtsstaat. Soziale Ungleichheit und Armut bildeten einen Schwerpunkt der folgenden Beiträge des ersten Tages. J. Alber (Konstanz) präsentierte Analysen zum deutschen Sozialstaat im internationalen Vergleich und J. Kohl (Heidelberg) Leistungsprofile wohlfahrtsstaatlicher Regimetypen. R. Hauser (Frankfurt) referierte über Mindestregelungen für die Alterssicherung und Armut unter den Älteren in den EU-Ländern. In diesem Beitrag wurden Typen von Mindestalterssicherungsregelungen im Zusammenhang mit Armutsquoten bei älteren Menschen in den Ländern der Europäischen Union präsentiert. Den Abschluß des ersten Tages bildete der Beitrag von G. Müller (Fribourg) über soziale Frühwarnindikatoren zur Ermittlung des wohlfahrtsstaatlichen Handlungsbedarfs am Beispiel der Altersarmut.

Der zweite Tag begann mit einem Vortrag von L.A. Vaskovics (Bamberg), der die Dauerbeobachtung familienbezogener Politik zum Thema hatte. Danach stellten P. Flora, T. Bahle und M. Maucher (Mannheim) die familienpolitische Datenbank für Europa des MZES vor. Es wurden Beispiele von Recherchen und Möglichkeiten zur Verknüpfung von Informationen in verschiedenen Modulen mit Informationen der Datenbank demonstriert. Recherchiert wurden institutionelle Regelungen in der Familienpolitik, aber auch quantitative Zeitreihendaten. Auch die beiden folgenden Referate beschäftigten sich mit dem Thema Familie, das damit einen Schwerpunkt am zweiten Tag bildete. R. Habich (Berlin) präsentierte empirische Ergebnisse zu sozialem Wandel und Familie in osteuropäischen Ländern anhand objektiver und subjektiver Indikatoren

und wies in diesem Zusammenhang auf wichtige international vergleichende Umfragedaten hin und S. Weick (Mannheim) berichtete über Lebensbedingungen und Lebensqualität von Kindern in einkommensschwachen Haushalten. Hier wurden Befunden der Sozialhilfestatistik Ergebnisse auf Basis der Einkommensverteilung von Haushalten gegenübergestellt. Den Abschluß des Tages bildeten zwei Vorträge von A. Bäcker (Duisburg) zu Elementen eines geschlechtersensiblen Sozialstaats-

vergleichs und von O.G. Schwenk zum Konzept der Sozialen Lagen als Instrument der Sozialberichterstattung.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde auch eine Mitgliederversammlung der Sektion Sozialindikatoren durchgeführt, in der Aktivitäten für das Jahr 1998 besprochen wurden.

■ **Stefan Weick, ZUMA**
Tel. 0621/1246-245

Call for Papers

Längsschnittinformationen in der Sozialberichterstattung

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 19.-20. März 1998

Gemeinsame Tagung der Sektion Sozialindikatoren, der Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg und der Abteilung Sozialstruktur u. Sozialberichterstattung des WZB

In der Sozialberichterstattung werden bisher noch überwiegend zeitpunktbezogene Daten zur Messung, Beschreibung und Erklärung der Entwicklung der Lebensbedingungen und Lebensqualität der Bevölkerung verwendet. Auf dem geplanten Workshop soll der Frage nachgegangen werden, wie diese Perspektive durch spezifische zeitraumbezogene Fragen systematisch ergänzt werden kann. Damit könnte das Informationsangebot der Sozialberichterstattung z.B. durch Daten über die Betroffenheit (Einkommensarmut oder Arbeitslosigkeit) in einem bestimmten Zeitraum sowie über die zeitliche Dauer dieses Zustandes wesentlich erweitert werden. Auf der Tagung soll vor allem diskutiert und exemplarisch demonstriert werden, wie auf der Basis vorhandener Längsschnittdaten methodisch innovative und inhaltlich informative Sozialindikatoren entwickelt werden können, aber auch wo die besonderen Probleme eines derartigen Ansatzes liegen.

Bitte senden Sie Ihre Vortragswünsche unter Beifügung eines 1-seitigen Abstracts bis zum 16. Februar sowie Anmeldungen zur Teilnahme bis zum 1. März 1998 an:

Dr. Jürgen Schupp, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin (Tel.: 030/89789-238; Fax: 89789-109; e-mail: jschupp@diw-berlin.de)
oder Dr. Roland Habich, WZB, e-mail: rhabich@medea.wz-berlin.de

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
Telefax 06 21/12 46-100

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Caroline Kramer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung

ZUMA-Workshop, Mannheim, 2. und 3. Dezember 1997

Von der Abteilung Soziale Indikatoren wurde am 2. und 3. Dezember ein Workshop zum Thema „Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung“ durchgeführt, der von H.-H. Noll organisiert wurde und an dem ca. 50 Personen teilgenommen haben. Das Konzept des „sustainable developments“ oder der nachhaltigen Entwicklung ist aus der aktuellen Diskussion um Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr wegzudenken. Während es durchaus einen Konsens in den langfristigen Zielen einer nachhaltigen Entwicklung gibt, so ist die Operationalisierung dieses Konzepts und die Auswahl angemessener Indikatoren noch umstritten. Derzeit wird auf den verschiedensten Ebenen und von unterschiedlichen Institutionen und Akteuren an der Konkretisierung dieses Ziels der Nachhaltigkeit gearbeitet. Dieser Workshop bot sowohl denjenigen, die derzeit bereits an Konzepten arbeiten, als auch „Einsteigern“ auf dem Gebiet die Gelegenheit, über die einzelnen Dimensionen und das Verständnis von nachhaltiger Entwicklung zu diskutieren. Es wurde in den Beiträgen ein breites Spektrum von Ansätzen vorgestellt, das von den international vergleichenden Studien bis hin zu regionalen und kommunalen Konzepten reichte.

Die grundlegenden und umfassenden Entwürfe zum Konzept der Nachhaltigkeit standen zu Beginn des Workshops im Vordergrund. In der Einführung gab H.-H. Noll einen Überblick über die Diskussion um den Begriff Nachhaltigkeit, sowie dessen Relevanz für die Sozialberichterstattung. Ch. Ratte (Bundesumweltministerium, Bonn) stellte in ihrem Vortrag „Indicators of Sustainable Development“ die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Pilotphase des Indikatorenprogramms der UN Commission on Sustainable Development (CSD) vor.

D. Schäfer (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden) stellte in seinem Vortrag „Beobachtung einer nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnung“ vor, wie im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und weiterer Informationen des Statistischen Bundesamtes auch Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung verfolgt werden können. J. Jesinghaus (EUROSTAT, Luxemburg) stellte in seinem Vortrag „Umweltbelastungsindizes und das „Grüne Sozialpro-

dukt“ die Europäische Dimension vor. Er präsentierte eine Auswahl von Indikatoren, die mit Hilfe einer Expertenbefragung gesammelt wurden, und wies darauf hin, daß bei der Indikatorenentwicklung der Engpaß nicht in der intellektuellen Kapazität der Indikatorenexperten liegt, sondern in der Verfügbarkeit verlässlicher statistischer Daten.

Zu Beginn des zweiten Tages standen regionale und kommunale Ansätze zur nachhaltigen Entwicklung im Vordergrund. H. Diefenbacher und V. Teichert (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg) berichteten von einem Projekt, in dem unter dem Titel „Nachhaltige Entwicklung im regionalen Bereich - ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren“ beispielhaft für den Rhein-Neckar-Kreis ein Indikatorensystem entwickelt wurde. Die drei „Zauberscheiben der Nachhaltigkeit“ (Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft/Soziales) sind in jeweils sechs Teilbereiche untergliedert, für die wiederum je drei Indikatoren ausgewählt wurden. Somit entsteht ein Indikatorensystem von 54 Indikatoren, zu denen noch sechs regionsspezifische Indikatoren kommen.

G. Pfister (Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg) stellte „Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg“ vor, und zwar in einem Indikatorensystem, das sich auf die ökologischen Aspekte auf Landesebene konzentriert. Ein Schwerpunkt in diesem Entwurf ist, die Forderung nach der praktischen Anwendbarkeit des wissenschaftlichen Konzepts zu erfüllen, indem die Indikatoren drei Funktionen erfüllen müssen: Planungsfunktion, Kontrollfunktion und Kommunikationsfunktion.

J. Götdecke-Stellmann (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR), Bonn) berichtete von dem Forschungsfeld „Städte der Zukunft“, in dem im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau versucht wird, nachhaltige Entwicklung auch in der kommunalen Planung zu verwirklichen. Es wurden dazu in der Bundesrepublik vier Modellstädte ausgewählt (Münster, Heidelberg, Güstrow und Dessau), die sich verpflichtet haben, bis zum Jahr 2000, in den zen-

tralen Bereichen „Haushälterisches Bodenmanagement“, „Vorsorgender Umweltschutz“, „Stadtverträgliche Mobilitätssteuerung“, „Sozialverantwortliche Wohnungsversorgung“ und „Standortsichernde Wirtschaftsförderung“ den Leitlinien einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu folgen.

E. Seifert (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie) berichtete von den „ISO (International Standardisation Organisation) Environmental Performance Indicators und dem Micro-Macro-Link“. Die ISO bemüht sich um internationale Normierungen, die besonders den Umweltmanagementbereich betreffen. In einem weiteren Projekt ist die Entwicklung von Standards für betriebliche Informationssysteme zur Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie vorgesehen. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem „Micro-Macro-Link“, also der Verknüpfung von betrieblicher (micro) mit nationaler (macro) Ebene. C. Kramer (ZUMA) gab einen Überblick über „Subjektive Indikatoren zur Wahrnehmung und Bewertung der Umwelt“. Sie stellte die verschiedenen Dimensionen subjektiver Indikatoren vor, die in internationalen und nationalen Umfragen erhoben werden. Obwohl derzeit subjektive Indikatoren in der Nachhaltigkeitsdiskussion noch selten Berücksichtigung finden, wurde deutlich, daß die verschiedenen Dimensionen subjektiver Indikatoren (z.B. Wahrnehmung der Umweltqualität, Bereitschaft, für die Umwelt auf bestimmte Dinge zu verzichten usw.) in stärkerem Maße als bisher beachtet werden sollten, wenn Nachhaltigkeit als ein politisches und nicht nur als ein rein wissenschaftliches Konzept verstanden werden soll.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Diskussion des Begriffes Nachhaltigkeit noch sehr verschiedene Facetten besitzt. So groß der Konsens in einer grundsätzlichen Unterstützung eines „sustainable developments“ auch sein mag, so groß sind auch die Unterschiede in den Konzepten zur Realisierung. Die Beiträge und Anregungen in den Diskussionen haben gezeigt, daß der Austausch unter den Akteuren, die an Konzepten zur Nachhaltigkeit arbeiten, dringend erforderlich und ausgesprochen produktiv ist.

■ Caroline Kramer, ZUMA
Tel.: 0621/1246-244